

BANU Leitlinien
zur Natur- und Umweltbildung
für das 21. Jahrhundert

2001

Überarbeitete Auflage 2003

Bundesweiter Arbeitskreis der staatlich getragenen
Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz (BANU)

In aller Kürze:

Umweltbildung ist die Vermittlung von Informationen, Methoden und Werten, um Menschen zur verantwortlichen Auseinandersetzung mit den Folgen ihres Tuns in der natürlichen, der bebauten und der sozialen Umwelt zu befähigen und zu umweltgerechtem Handeln und Verhalten zu bewegen.

Agenda 21, Kapitel 36

Sowohl die formale als auch die nichtformale Bildung sind unabdingbare Voraussetzungen für die Herbeiführung eines Bewusstseinswandels bei den Menschen, damit sie in der Lage sind, ihre Anliegen in bezug auf eine nachhaltige Entwicklung abzuschätzen und anzugehen.

Gestaltungskompetenz: Fähigkeit, die gesellschaftliche Zukunft aktiv im Sinne Nachhaltiger Entwicklung zu verändern und modellieren zu können.

**UN-Dekade 2005-2014 „Bildung für nachhaltige Entwicklung“:
Die deutsche UNESCO-Kommission fordert alle Verantwortlichen in ihrer Hamburger Erklärung vom 10./11. Juni 2003 auf, sich zu einer „Allianz Nachhaltigkeit lernen“ zusammenzufinden, um einen gemeinsamen Aktionsplan für die Dekade zu entwickeln und Programme und Koordinationsmechanismen für dessen Umsetzung zu schaffen.**

Vorwort

Um die komplizierten Vorgänge und Entwicklungen in Natur und Umwelt zu verstehen und um aktiv für deren Schutz einzutreten, ist ein umfangreiches Wissen über natur-, wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftliche Zusammenhänge notwendig. Die nahezu unüberschaubare Komplexität von Natur und Umwelt erfordert integrative Sichtweisen von ökologischen, ökonomischen und sozialen Prozessen. Vernetzte Kenntnisse und konkrete Handlungsanleitungen sind wesentliche Voraussetzungen für naturverträgliches Handeln. Sie fördern auch die Bereitschaft zur Mitwirkung in der Natur- und Umweltschutzarbeit.

Vom "Bundesweiten Arbeitskreis der staatlich getragenen Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz" (BANU) wurden Ziele, Inhalte, Methoden und Instrumente der Umweltbildung in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren maßgeblich mitbestimmt. Aufbauend auf diesen Erfahrungen und vor dem Hintergrund neuer gesellschaftlicher Herausforderungen zur Entwicklung einer naturverträglich handelnden Gesellschaft legen die im BANU zusammengeschlossenen Bildungsstätten Leitlinien für die Umweltbildung im 21. Jahrhundert vor.

Sie verfolgen damit die Ziele:

- den Diskussions- und Erneuerungsprozess in der Umweltbildung voranzutreiben,
- den Stellenwert der Umweltbildung in der Gesellschaft zu erhöhen,
- Grundlagen für politische Entscheidungen zur Umweltbildung zu bieten,
- ein klares Profil der Umweltbildung zu entwickeln und
- die Motivation und Professionalisierung der in der Umweltbildung tätigen Personen zu

Damit sind die in dieser Broschüre erarbeiteten Leitlinien Grundlage für die umweltbildnerischen Aktivitäten aller im BANU zusammengeschlossenen Bildungsstätten. Diese Einrichtungen unterstützen die Ziele und Inhalte der Agenda 21 -des Aktionsprogramms der Weltgemeinschaft für das 21. Jahrhundert. Zur Umsetzung dieser in Rio de Janeiro 1992 beschlossenen gesellschaftlichen Neuorientierung ist Umweltbildung ein zentrales und wesentliches Instrument. Die Umweltbildung bedarf dabei selbst einer Weiterentwicklung ihrer Ziele, Inhalte, Methoden und Instrumente sowie der Suche nach neuen Partnern. Die UN-Dekade 2005-2014 „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ bietet dazu einen passenden Rahmen.

In vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen, in Netzwerken zur Umweltbildung oder in gemeinsamen Aktionen wird es besser gelingen, die Integration der Umweltbildung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu beschleunigen. Gemeinsame Arbeit, gemeinsame Erfahrungen und gemeinsame Erfolge werden dazu wesentliche Impulse geben.

Die Leitlinien sollen allen in der Umweltbildung tätigen Personen als Orientierung dienen und zur Diskussion anregen. Sie bedürfen nun konkreter Ideen und Vorhaben zur Umsetzung. Die Leitlinien werden dazu beitragen, Umweltbildung zu einem Instrument des gesellschaftlichen und interkulturellen Verständigungsprozesses für eine nachhaltige Entwicklung auszubauen.

Bundesweiter Arbeitskreis der staatlich getragenen Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz (BANU)

Inhalt

Vorwort	3
Einleitung	5
1 Umweltbildung ist ein lebenslanger Lernprozess	8
1.1 Ziele, Gründe und Anforderungen an einen lebenslangen Lernprozess	8
1.2 Aufgaben aller Umweltbildungsstätten bei der Realisierung eines lebenslangen Lernprozesses	10
1.3 Ausblick 11	
2 Umweltbildung bietet Visionen für eine nachhaltige Entwicklung	12
3 Umweltbildung erweitert ihre Inhalte	15
3.1 Ziele und Gründe für neue inhaltliche Schwerpunkte	15
3.2 Diskussion inhaltlicher Schwerpunkte	16
3.3 Aufgaben aller Umweltbildungsstätten bei der Überführung neuer inhaltlicher Schwerpunkte in die Praxis	17
3.4 Ausblick	17
4 Umweltbildung nutzt neue Methoden und Instrumente	18
4.1 Ziele und Gründe für neue Methoden und Instrumente	18
4.2 Diskussion neuer Methoden	19
4.3 Aufgaben aller Umweltbildungsstätten bei der Umsetzung neuer Methoden und dem Einsatz von Instrumenten	21
4.4 Ausblick	22
5 Umweltbildung sucht Partner	23
5.1 Ziele und Gründe für die Zusammenarbeit mit Partnern	23
5.2 Aufgaben aller Umweltbildungsstätten bei der Zusammenarbeit mit Partnern	25
5.3 Ausblick	25
6 Wir stärken das Zusammenwachsen Europas	26
7 Umweltbildung und globales Lernen gehören zusammen	28
8 Umweltbildung bietet vorbildhafte Umweltbildungsstätten	30
8.1 Ziele, Gründe und Anforderungen an vorbildhafte Umweltbildungsstätten	
8.2 Ausblick	
9 Thesen, Gründe und Diskussionen neuer Mittel	33
Impressum	35
Literatur	36
Mitglieder des Bundesweiten Arbeitskreises der staatlich getragenen Umweltbildungsstätten	38

Einleitung

Die im BANU zusammengeschlossenen staatlichen Natur- und Umweltbildungsstätten haben sechs Leitlinien zur Natur- und Umweltbildung für das 21. Jahrhundert erarbeitet. Diese Leitlinien bündeln Intentionen und präzisieren Aufgaben. Der BANU möchte damit auch andere Natur- und Umweltbildungsstätten ansprechen, um über die Verständigung hinsichtlich ihrer Anliegen und Ziele eine enge Zusammenarbeit aufzubauen.

Mit diesen Leitlinien zur Umweltbildung stellt der BANU seine Konzeptionen und Strategien für integrative und übergreifende Zusammenarbeit vor. Umweltbildung wird dabei als umfassender Begriff verstanden. Er schließt Naturbildung, Naturschutzbildung und Umweltschutzbildung ein. Der BANU versteht unter Umweltbildung die

"Vermittlung von Informationen, Methoden und Werten, um den handelnden und verantwortlichen Menschen zur Auseinandersetzung mit den Folgen seines Tuns in der natürlichen, gebauten und der sozialen Umwelt zu befähigen und zu umweltgerechtem Handeln als Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung zu bewegen."

Umweltbildung ist damit für den BANU ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung.

Leitlinie 1 :

Umweltbildung ist ein lebenslanger Lernprozess.

Umweltbildung ist überall und immer - sie muss noch stärker in das Bewusstsein eindringen und entscheidend das Handeln beeinflussen.

Umweltbildung soll lebenslanges handlungsorientiertes Lernen vom Kindergarten, über die Schule, im Beruf, in den Freizeitaktivitäten, in der Familie bis hin zum Renten- und Pensionsalter ermöglichen. Um eine Bildung, die auf eine dauerhafte umweltgerechte Entwicklung zielt, zu etablieren, müssen die punktuell vorhandenen Aktivitäten zum integrativen Bestandteil aller Gesellschafts- und Lebensbereiche ausgebaut werden. Natur- und Umweltbildung soll politische und gesellschaftliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen begleiten und damit permanenter Bestandteil von Gesetzen, Vereinbarungen und Förderprogrammen sein. Es geht um Qualifikationen für die Zukunft und

Leitlinie 2:

Umweltbildung bietet Visionen für eine nachhaltige Entwicklung.

Natur- und Umweltschutz stellt sich den neuen Aufgaben und Anforderungen.

Die zukünftigen Aufgaben des Natur- und Umweltschutzes sind nur zu bewältigen, wenn mit allen gesellschaftlichen Gruppen und mit allen Bürgerinnen und Bürgern dauerhaft eine Entwicklung der Gesellschaft verwirklicht wird.

Die Umweltbildungsstätten sollen Zentren der Begegnung und des Dialogs sein. Die jeweiligen Bildungsangebote entsprechen den aktuellen Bedürfnissen und sind auf die Vorsorge und Nachhaltigkeit im pädagogischen Handlungsfeld gerichtet. Bei der Bewältigung von Konflikten im Umweltbereich sind Problemlösungsstrategien zu entwickeln sowie Moderations- und Mediationsaufgaben zu übernehmen.

Leitlinie 3:

Umweltbildung erweitert ihre Inhalte.

Vom Artenschutz bis zur Nachhaltigkeit muss sich unser modernes Bildungsangebot erstrecken.

Die traditionellen Bildungsinhalte sind zu erweitern und zu aktualisieren. Klassische Themen sind genauso anzubieten wie wirtschaftspolitische, soziale und arbeitsmarktpolitische, damit die Integration von Natur- und Umweltschutz in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen erfolgt. Neben den traditionellen Inhalten wie Arten- und Biotopschutz und technischer Umweltschutz sollen darüber hinaus Themen aufgegriffen werden wie: biologische Vielfalt, Agenda 21, Ressourcen- und Energienutzung, Verkehr und Mobilität sowie Freizeitverhalten, Ökologisches Bauen, Methoden der Umweltbildung, Gen- und Biotechnologie, Umweltgeschichte und -philosophie, Lebensstile und Bewusstsein, Kultur und Kunst, Werte, Normen und Kompetenzen sowie Landesentwicklung und Raumordnung, soweit sie dazu beitragen, die Umweltkompetenz der Gesellschaft zu stärken.

Leitlinie 4:

Umweltbildung nutzt neue Methoden und Instrumente.

Vom Dozieren und Belehren zum natur- und umweltverträglichen Handeln mit ausgeprägten Umweltkompetenzen.

Neue Ziele und Inhalte erfordern neue Methoden und Instrumente. Da die Umweltbildung eine recht junge Disziplin ist, bedient sie sich bewährter und erprobter Methoden anderer Wissenschaften und modifiziert diese für ihre eigenen Belange. Die erstreckt sich u.a. auf die Pädagogik, die Psychologie, die Politik, die Kultur-, Natur- und Wirtschaftswissenschaften. Die Auseinandersetzung mit Methoden aus diesen Bereichen führt zu einem außerordentlich breiten Spektrum zielgruppenorientierter und altersgerechter Vermittlungs- und Anwendungstechniken. Besonderer Schwerpunkt ist auf den Einsatz moderner Managementmethoden, bewährter Moderations- und Mediationstechniken sowie praktikabler Kommunikationsstrategien zu legen.

Leitlinie 5:

Umweltbildung bietet Partnerschaft.

Gemeinsam sind wir stark - mit neuen Partnern können wir noch mehr schaffen.

Die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Bereichen ist systematisch auszubauen und zu sichern. Dieses gilt vor allem für: die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Politik, die Medien, die sozialen Dienste, die Kultur, die Kirchen, den Sport und die Wissenschaften sowohl in den öffentlichen, als auch in den privaten Einrichtungen auf kommunaler, Länder- und Bundesebene. Die Vernetzung von Umweltbildungsstätten und die Koordinierung ihrer Aktivitäten müssen vorangetrieben werden. Nur dadurch kann die Effizienz gesteigert werden.

Leitlinie 6:

Umweltbildung bietet vorbildhafte Umweltbildungsstätten.

Weiterentwicklung ist unsere Chance.

Wer Anforderungen an andere formuliert, muss sich selbst auch der Herausforderung stellen. Die staatlichen Umweltbildungsstätten haben eine Vorbildfunktion. Sie sollen in hohem Maße

nach dem Muster moderner Dienstleistungseinrichtungen, nach den Kriterien der Kundenfreundlichkeit, des Marketings, der Wirtschaftlichkeit und der Effizienz arbeiten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bildungsstätten müssen für die neuen Aufgaben motiviert und gezielt qualifiziert werden. Ebenso sind mittel- und langfristig die Fachgebiete Psychologie, Soziologie, Politologie, Kulturwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Marketing im Sinne der Interdisziplinarität einzubinden.

Die im BANU vertretenen Bildungsstätten sind bereit, neue Aufgaben zu übernehmen, beispielsweise als Clearingstellen für Umweltbildung im jeweiligen Land. Um diese Aufgaben bewältigen zu können, sind Organisationsstrukturen mit entsprechenden Freiräumen für Forschung und Lehre sowie eine ausreichende Finanzausstattung erforderlich.

Umweltbildungsstätten sollen Bereiche wie Beschaffung, Energie- und Wasserverbrauch, Verpflegung, Verkehrsmittel, Innen- und Außengestaltung kritisch prüfen und ggf. Veränderungen planen und umsetzen, um den Anspruch einer zukunftsorientierten Bildungsstätte erfüllen zu können.

Diese sechs Leitlinien für die Arbeit des BANU werden zentralen Forderungen und Zielen der AGENDA 21 gerecht.

Bildungsprozesse besitzen bei gesellschaftlichen Prozessen eine zentrale Rolle.

"Bildung ist eine unerlässliche Voraussetzung für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und die Verbesserung der Fähigkeit der Menschen, sich mit den Umwelt- und Entwicklungsfragen auseinander zu setzen. (...) Sie ist unabdingbare Voraussetzung für die Herbeiführung eines Bewusstseinswandels bei den Menschen, damit sie in der Lage sind, ihre Anliegen und Bedürfnisse in bezug auf eine nachhaltige Entwicklung abzuschätzen und anzugehen. Sie ist auch von entscheidender Bedeutung für die Schaffung eines ökologischen und ethischen Bewusstseins, (...) von Werten und Einstellungen, Fähigkeiten (...) sowie für eine wirksame Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung. „ (AGENDA 21 von 1992, Kap. 36.3)

Durch Bildungsprozesse soll eine größere Gerechtigkeit bezüglich Lebensqualitäten und –chancen aller jetzt und künftig lebenden Generationen erreicht werden. Menschen sollen befähigt werden, ihre Möglichkeiten vor dem Hintergrund nachhaltiger Entwicklung abzuschätzen und zu einem naturverträglichen zukunftsorientierten Handeln angeregt werden.

1. Umweltbildung ist ein lebenslanger Lernprozess

Leitlinie 1 :

Umweltbildung ist ein lebenslanger Lernprozess.

Umweltbildung ist überall und immer - sie muss noch stärker in das Bewusstsein eindringen und entscheidend das Handeln beeinflussen.

Umweltbildung soll lebenslanges handlungsorientiertes Lernen vom Kindergarten, über die Schule, im Beruf, in den Freizeitaktivitäten, in der Familie bis hin zum Renten- und Pensionsalter ermöglichen. Um eine Bildung, die auf eine dauerhafte umweltgerechte Entwicklung zielt, zu etablieren, müssen die punktuell vorhandenen Aktivitäten zum integrativen Bestandteil aller Gesellschafts- und Lebensbereiche ausgebaut werden. Natur- und Umweltbildung soll politische und gesellschaftliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen begleiten und damit permanenter Bestandteil von Gesetzen, Vereinbarungen und Förderprogrammen sein. Es geht um Qualifikationen für die Zukunft und letztlich auch um Arbeitsplätze.

1.1 Ziele, Gründe und Anforderungen an einen lebenslangen Lernprozess

Jeder Mensch sollte solide Kenntnisse über wesentliche ökologische, ökonomische und soziale Entwicklungen und daraus resultierende Folgen haben, um sich an innovativen Prozessen in Staat und Gesellschaft beteiligen zu können. Dieser Qualifizierungsprozess muss permanent erfolgen, wenn nachhaltige Entwicklung zum Zukunftsleitbild werden soll.

Die Verwirklichung des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung ist auf einen gesamtgesellschaftlichen Lernprozess angewiesen, der einen mehr oder minder tiefgreifenden kulturellen Wandel voraussetzt. Die Möglichkeiten der Menschen, Natur und Umwelt zu verändern, nehmen immer größere Dimensionen an und reichen in die Zukunft. Umweltbildung wird dadurch erschwert, dass gegenwärtig diskutierte und drängende Problemfelder, wie Ozonabbau, Klimaveränderung oder Energieversorgung, sich durch eine Zeitdifferenz zwischen den Ursachen und den daraus resultierenden Veränderungen auszeichnen. So können sie zeitversetzt auf die Lebensumstände nachfolgender Generationen wirken (KNAUS, RENN 1998).

Umweltbildung muss das Prinzip der Chancengleichheit für alle Menschen ernst nehmen. Zukunftsverantwortung verlangt die Übernahme von Verantwortung für Natur und Umwelt nicht nur innerhalb einer Generation, sondern vor allem auch zwischen verschiedenen Generationen. Jede Generation sollte sich bemühen, bestmögliche Natur- und Umweltbedingungen den ihr nachfolgenden Generationen zu übergeben (BEYERSDORF, MICHELSEN, SIEBERT 1998).

Natur und Umwelt verändern sich in der Regel langfristig. Die häufig wesentlich schnelleren technischen Entwicklungen und Herausforderungen der Wirtschaft sind meist attraktiver als langwierige Umweltbildung. Geklärt werden muss in diesem Zusammenhang, innerhalb welcher Lebensphasen verschiedene Inhalte der Umweltbildung mit welchen Methoden besonders wirkungsvoll zu lehren und zu lernen sind.

Wertorientierungen und positive Einstellungen zur Natur sind nicht angeboren, sondern entwickeln sich im frühen Kindesalter in Auseinandersetzungen mit Bezugspersonen, sozialen Kontakten und Erlebnissen mit der Natur (ERDMANN 1994; PREUSS 1991).

Die familiäre Erziehung dauert meist bis zur Volljährigkeit, oft hört sie viel später auf. Wenig bekannt ist noch, welche familiären Konstellationen umweltverträgliches Verhalten besonders fördern. In der Schule sollte Umweltbildung als Querschnittsaufgabe behandelt werden. Immer dann, wenn es sich bei schulischen Ausbildungsinhalten anbietet, sollten Begegnungen mit Natur und Umwelt angeregt werden. Freiräume, die Lehrpläne eröffnen, sind auszuschöpfen. Berufsrelevantes Umweltwissen wird funktionsbezogen sowohl im Ausbildungs- und Arbeitsprozess als auch in Fort- und Weiterbildungen erworben. Gesetzliche Rahmenbedingungen müssen beachtet werden, die Umweltverträglichkeit der Arbeitsstätte selbst sowie die Motivation der Geschäftsleitung zur entsprechenden Schulung der Mitarbeiter bestimmen oft deren Niveau. Hier liegen Reserven für die Umweltbildungsstätten.

Im privaten Bereich ist Umweltbildung ausschließlich Sache des Einzelnen. Bedürfnisse und Motivationen sind breit gestreut und müssen manchmal erst geweckt werden. Umweltbildung im privaten Bereich sollte über Angebote vor Ort erfolgen. Gemeinsame Wahrnehmungsübungen, Perspektiven der Stadt- oder Dorfontwicklung sowie die Verbesserung der Infrastruktur am Wohnort wären für die Bevölkerung Zugänge zur Umweltbildung. Wenn diese Themen gleichzeitig generationsübergreifend angeboten werden, können der familiären Umwelterziehung wesentliche neue Impulse verliehen werden.

Spezielle Natur- und Umweltthemen für das Seniorenalter existieren kaum. Vielfach engagieren sich ältere Mitbürger, sofern die notwendigen Rahmenbedingungen für sie geschaffen sind.

Wahrnehmung, Interpretation und Bewertung des Zustandes der Umwelt sind alters-, generations- sowie zeitspezifisch und basieren auf individuellen Vergangenheitserfahrungen, Gegenwartsherausforderungen und Zukunftsvisionen der Menschen (BUND, MISEREOR 1996).

Ein lebenslanger Lernprozess zu Umweltfragen führt stetig zu besserer Informiertheit, damit aber auch zu einer stärkeren Differenzierung von Einstellungen gegenüber Umweltproblemen. Diese Differenzierungen sind nicht immer positiv, sondern können auch zum Aufbau von Gegenpositionen führen. Für die Umweltbildung bedeutet diese Tendenz die Notwendigkeit einer Hinwendung zu gruppenspezifischer Aufbereitung von Themen über längere Zeiträume mit überzeugender Argumentation. Nun ist es aber nicht möglich, für jeden Menschen einen eigenen Umweltbildungsansatz aufgrund der Sozialisation, des Milieus, des Lerntyps, der persönlichen Entwicklungsgeschichte u.a. zu konzipieren. Wesentlich ist, dass die dominierenden Überschneidungen und Gemeinsamkeiten innerhalb verschiedener Zielgruppen ermittelt und auf deren Bedürfnisse abgestimmte Angebote erarbeitet werden.

Besonders über die Massenmedien kann die Bevölkerung gut erreicht werden. Dabei gibt es eine enge Beziehung zwischen dem Verstehen einer Information und den Wirkungen. Es ist zu beachten, dass die Qualität einer Nachricht nicht immer über die Wirkung in der Bevölkerung entscheidet. Je mehr Informationen die Bevölkerung über den Nutzen, aber auch über die Risiken von Natur- und Umweltmaßnahmen hat, desto breiter ist die Meinungsstreuung. Ein entscheidender Faktor ist das Vertrauen, das der Person oder der Institution entgegengebracht wird, die eine entsprechende Aussage macht. Vertrauensvolle Vorbilder sind unerlässlich für das Treffen von Entscheidungen. Vertrauen ist ein wesentlicher Faktor aller Bildungsmaßnahmen (BENNING 1980).

Diese Feststellung ist von ganz besonderer Bedeutung für die Mitarbeiter aller Umweltbildungsstätten. Sie stellt Anforderungen, und daraus resultieren Aufgaben, denen sich alle Beteiligten bewusst sein sollen.

Der BANU wird künftig stärker als in der Vergangenheit die Zusammenarbeit mit Massenmedien sowie Moderatorinnen und Moderatoren suchen. Positive Beispiele aus der Arbeit der Bildungsstätten bzw. der Natur- und Umweltbildung sollen in den Medien

Lebenslanges Lernen ist Lernen für und mit der Umwelt. Diesem Prozess des lebenslangen Lernens will sich der BANU noch stärker öffnen, indem Ziele, Inhalte, Methoden und Instrumente auf den Prüfstand gestellt werden.

1.2 Aufgaben aller Umweltbildungsstätten bei der Realisierung eines lebenslangen Lernprozesses

Die Umweltbildungsstätten haben bereits heute ein breites Zielgruppen- und Veranstaltungsspektrum. Dadurch erwächst die Chance, Entscheidungsträger, Eltern, Lehrkräfte, Berufsbildner, Angestellte, Beamte, Selbständige, Mittelständler u.a. zu erreichen. In den verschiedenen Veranstaltungen soll das Lernen für eine nachhaltige Entwicklung thematisiert werden. Um hierfür die Bedingungen zu verbessern, muss die Politik die materiellen Rahmenbedingungen der Bildungseinrichtungen verbessern.

Eine weitere Aufgabe der Umweltbildungsstätten ist es, beratend und unterstützend professionelle Hilfe bei der Verankerung einer lebenslangen Bildung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu leisten. Besondere Aufmerksamkeit sollen die lokalen AGENDA 21-Prozesse erfahren, da sich in den Arbeitsgruppen Menschen verschiedensten Alters und unterschiedlicher Berufsgruppen zu differierenden Themen zusammenfinden. Diese regionalen Arbeitskreise sollen gefördert werden. Ein weiterer Schritt in Richtung lebenslangen Umweltlernens ist die Verankerung von Umweltbildung in allen gesellschaftlich bedeutsamen Gesetzesvorhaben und Förderprogrammen.

Wenn die Kenntnisse der Umweltbildung im Sinne der Nachhaltigkeit in den Bestimmungen und im Handeln jeder staatlichen Institution, in Vereinen und Verbänden sowie Massenmedien beachtet werden, sind sie in kurzer Zeit selbstverständlich. Auch hierfür übernimmt die AGENDA 21 eine Vorreiterrolle, denn der Grundgedanke des Kapitel 8 besagt, dass Umwelt- und Entwicklungsziele in alle Entscheidungsprozesse zu integrieren sind.

Eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit an der politischen Entwicklung und eine stärkere Verpflichtung zur Rechenschaftslegung sind von großer Bedeutung für den Erfolg jeder Bildungseinrichtung (KEATING 1993).

Jedem einzelnen Bürger stehen relevante Informationen über Natur-, Umwelt-, Planungs-, Landschafts-, und Bauvorhaben offen. Bürger interessieren sich bislang in der Regel erst dafür, wenn sie sich von einer geplanten Maßnahme in ihrer Lebensqualität persönlich
BANU-Bildungsstätten durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit
und Kommunikation Hemmungen abbauen. Erst wenn mit den Bürgern ein intensiver Dialog entsteht, kann Vertrauen aufgebaut werden.

Umweltbildung muss lebenslanges und generationenübergreifendes Lernen ermöglichen und alle geeigneten Mittel der Öffentlichkeitsarbeit einbeziehen. Daraus können sich wertvolle Impulse ergeben, denn erst, wenn ein Phänomen kommuniziert wird, kann es als Problem erkannt werden (SCHLEICHER 1997).

Massenmedien haben die Möglichkeit, ökologische Themen kultur-, alters- und milieuspezifisch aufzubereiten. In diesen Prozess sollen sich Umweltbildner einschalten. Dabei gilt es, Medieninformationen und -methoden kritisch zu reflektieren sowie das durch die Medien ausgelöste Problembewusstsein in ein natur- und umweltverträgliches Handeln zu lenken. Zu nutzen ist das diskussionsfördernde inhaltliche Potential der Massenmedien, das zwischen unterschiedlichen Altersgruppen und Berufszweigen Gespräche und dadurch Gedankenaustausche möglich macht (DE HMN 1995).

Neben der Nutzung der Massenmedien für lebenslange Lernprozesse gilt es zu überlegen, inwieweit die eigene Öffentlichkeitsarbeit der Bildungsstätten zu forcieren ist. So gesehen sind Umweltbildungsstätten ein wesentlicher Teil der Infrastruktur für eine moderne Umweltbildung in der jeweiligen Region. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Umweltbildungsstätten sollten sich an den regionalen Arbeitsgruppen beteiligen und über diese versuchen, Ökologisierungprozesse einzuleiten. Mit der Erarbeitung von Bildungsmaterialien kann die Vermittlung von natur- und umweltverträglichem Verhalten angeregt werden.

1.3 Ausblick

Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Förderprogramme und Gesetzesvorhaben müssen zur Umweltbildung Aussagen enthalten. Wird diese Forderung durchgesetzt, kann sie dauerhaft verankert werden und den notwendigen Stellenwert in der Gesellschaft erlangen. Hier liegt ein Hauptschwerpunkt der künftigen Arbeit der im BANU zusammengeschlossenen Bildungsstätten. Sie müssen nachdrücklich dafür sorgen, dass Umweltbildung noch stärker legitimiert wird und im politischen Handeln einen höheren Stellenwert erfährt.

2. Umweltbildung bietet Visionen für eine nachhaltige Entwicklung

Leitlinie 2:

Umweltbildung bietet Visionen für eine nachhaltige Entwicklung.

Natur- und Umweltschutz stellt sich den neuen Aufgaben und Anforderungen.

Die zukünftigen Aufgaben des Natur- und Umweltschutzes sind nur zu bewältigen, wenn mit allen gesellschaftlichen Gruppen und mit allen Bürgerinnen und Bürgern dauerhaft eine Entwicklung der Gesellschaft verwirklicht wird.

Die Umweltbildungsstätten sollen Zentren der Begegnung und des Dialogs sein. Die jeweiligen Bildungsangebote entsprechen den aktuellen Bedürfnissen und sind auf die Vorsorge und Nachhaltigkeit im pädagogischen Handlungsfeld gerichtet. Bei der Bewältigung von Konflikten im Umweltbereich sind Problemlösungsstrategien zu entwickeln sowie Moderations- und Mediationsaufgaben zu übernehmen.

Der BANU mit seinen Bildungsstätten und seinen langjährigen Erfahrungen im Natur- und Umweltschutz stellt eine geeignete Institution dar, um an der Lösung der im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung anstehenden Aufgaben mitzuwirken.

Alle Aktivitäten des BANU sind darauf gerichtet, die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung von Natur und Umwelt im Sinne der Nachhaltigkeit zu ermöglichen. Die Mitwirkung möglichst vieler Menschen bei wichtigen Entscheidungsprozessen bedeutet notwendige Veränderung in gesellschaftlichen Bereichen und kann zur angestrebten nachhaltigen Entwicklung führen (KNAUS, RENN 1998).

Die im BANU zusammengeschlossenen staatlich getragenen Bildungsstätten spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie sind bei der Bevölkerung bekannt, werden akzeptiert und verfügen über einen großen Erfahrungsschatz sowie wichtige Kontakte. Durch ihre parteipolitische Unabhängigkeit wird ihnen Vertrauen entgegengebracht. Aufgrund ihres vielfältigen Qualifizierungsangebotes erreichen sie viele Bevölkerungsgruppen.

Die zukünftigen Anforderungen des Natur- und Umweltschutzes sind nur zu bewältigen, wenn mit allen gesellschaftlichen Gruppen und letztlich mit jeder Bürgerin und jedem Bürger gemeinsam eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung der Gesellschaft verwirklicht wird. Die Umweltbildungsstätten sind bereit für neue Aufgaben, die u.a. heißen:

- Beratungs- und Vermittlungsaufgaben im ökologischen Bildungsbereich sowie im Natur- und Umweltschutz zu fördern, beispielsweise als Clearingstelle für Umweltbildung im jeweiligen Bundesland,
- Stätten der Begegnung und des Dialogs zu sein und
- Moderations- und Mediationstätigkeiten zu konkreten Konflikten im Umweltbereich zu übernehmen.

Um diese Aufgaben bewältigen zu können, sind geeignete Organisationsstrukturen mit entsprechenden Freiräumen in Forschung und Lehre erforderlich.

Nachhaltige Entwicklung bedarf einer Vielzahl gesellschaftlicher und interkultureller

Verständigungsprozesse. Es ist daher eine logische Folge, dass den Bildungsaufgaben in der Agenda 21 besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird, da Bildung, Aufklärung, Erziehung und Beratung integrativer Bestandteil aller Kapitel sind. So gesehen stellt die Umsetzung der Agenda 21 vorrangig eine Bildungsaufgabe dar, deren Ziel die umweltgerecht handelnde Gesellschaft ist.

Die zentrale Aufgabe der Umweltbildung besteht darin, global eingebundene und ethisch begründete Denk- und Verhaltensmuster zu schaffen. Innerhalb der Umweltbildung ist daher besonderer Wert auf die Gesamtvernetzung aller ökologischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen zu legen, vor allem auf die Vielfalt der Sichtweisen, Bewertungen und Lösungsvorschläge.

Die Aufgaben der Agenda 21 und der Umweltbildung sind zwei Seiten derselben Medaille. Sie stellen gleichermaßen einen ergebnisoffenen Suchprozess zur nachhaltigen Entwicklung dar.

Agenda- und Umweltbildungsprozesse sind eng miteinander verbunden, weil beide

- den gesellschaftlichen Diskurs über nachhaltige Entwicklung erfordern,
- gleiche oder ähnliche Methoden der Moderation und Mediation einsetzen und
- gleiche Inhalte verfolgen.

Die neue Generation der Umweltbildung ist dadurch gekennzeichnet, dass sie neben ökologischen ebenso ökonomische und soziale Inhalte einbezieht.

Aus der Agenda 21 sind Ziele und Aufgaben für die Umweltbildung abgeleitet, die weiter

-
- Ziel der Umweltbildungsarbeit ist die Entwicklung eines natur- und umweltverträglichen Handelns. Natur und Umwelt sind als komplexes, unüberschaubares System zu begreifen, in das sich der Mensch einfügen muss. Umweltbildung dient daher dem Ziel, Wissen und Einsicht in- die Gesamtvernetzung aller ökologischen, sozialen und ökonomischen Prozesse so zu entwickeln, dass ein an der Natur angepasstes Leben und Wirtschaften ermöglicht werden kann.
 - Mitverantwortung für den Zustand der Natur bildet die Voraussetzung für umweltgerechte Verhaltensweisen. Dieses Verantwortungsbewusstsein führt zu einer umfassenden und wirksamen Entwicklung von Handlungskompetenzen. Die Verknüpfung individueller Interessen mit ökologischen Erfordernissen ist die entscheidende Motivationsgrundlage für die Entwicklung eines natur- und umweltverträglichen Handelns (KASTE~HOLZ et. al. 1996). In dieser nachhaltig wirkenden Aufgabe ist die Verantwortung enthalten
 - für künftige Generationen,
 - für eine internationale Gerechtigkeit sowie
 - für einen ökologisch intakten Lebens- und Wirtschaftsraum Erde.

Diese ethischen Positionen für zukünftige Bildungsarbeit lassen für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen besondere Entwicklungsimpulse erwarten.

- Das Ziel besteht in der Herausbildung einer natur- und umweltverträglich handelnden Gesellschaft. Grundlage dafür bildet ein Wertesystem, das neben ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten insbesondere auch ethische Werte gleichberechtigt umfasst. Durch Vermittlungs-, Erfahrungs- und Wahrnehmungsprozesse soll erreicht werden, dass sich persönliche Werte an der Erhaltung der natürlichen Umwelt orientieren.

Langfristig trägt Umweltbildung damit zu einem ökologischen Wertewandel der Gesellschaft bei.

Akzeptanz von Umweltbildung hängt auch davon ab, wie widersprüchliche Interessen oder soziale Konflikte zu neuen Entwicklungen in Natur und Umwelt führen und zu einer zukunftsfähigen Entwicklung beitragen.

Umweltbildungsstätten innerhalb des BANU vereinen Kompetenzen in Moderation und Mediation einerseits und Fachwissen in Ökologie, Planung, Natur- und Umweltschutz andererseits. Durch ihre breite Akzeptanz sowohl im Bereich der Landnutzungen als auch in Verwaltung und Verbänden sind sie prädestiniert, Mediationsaufgaben vor allem im Zusammenhang mit Naturschutzgroßprojekten (z.B. bei der Ausweisung von Großschutzgebieten) wahrzunehmen.

Ihre Rolle als neutraler Moderator mit entsprechendem fachlichen Hintergrund erweist sich dabei als besonders effektiv. So sind sie in der Lage, im Mediationsprozess sich bietende Handlungsspielräume zu erkennen und zu nutzen. Vorhandenes Fachwissen erleichtert die Suche nach neuen Lösungen. Das Vorhandensein notwendiger technischer Infrastruktur ermöglicht die Visualisierung des jeweiligen Diskussionsstandes und sichert einen

3. Umweltbildung erweitert ihre Inhalte

Leitlinie 3:

Umweltbildung erweitert ihre Inhalte.

Vom Artenschutz bis zur Nachhaltigkeit muss sich unser modernes Bildungsangebot erstrecken.

Die traditionellen Bildungsinhalte sind zu erweitern und zu aktualisieren. Klassische Themen sind genauso anzubieten wie wirtschaftspolitische, soziale und arbeitsmarktpolitische, damit die Integration von Natur- und Umweltschutz in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen erfolgt. Neben den traditionellen Inhalten wie Arten- und Biotopschutz und technischer Umweltschutz sollen darüber hinaus Themen aufgegriffen werden wie: biologische Vielfalt, Agenda 21, Ressourcen- und Energienutzung, Verkehr und Mobilität sowie Freizeitverhalten, ökologisches Bauen, Methoden der Umweltbildung, Gen- und Biotechnologie, Umweltgeschichte und -philosophie, Lebensstile und Bewusstsein, Kultur und Kunst, Werte, Normen und Kompetenzen sowie Landesentwicklung und Raumordnung, soweit sie dazu beitragen, die Umweltkompetenz der Gesellschaft zu stärken.

3.1 Ziele und Gründe für neue inhaltliche Schwerpunkte

Verschiedene globale Konferenzen der Vereinten Nationen beschäftigten sich im letzten Jahrzehnt mit Natur- und Umweltthemen. Die in diesem Zusammenhang erarbeitete Vision einer nachhaltigen Entwicklung stellt neue Herausforderungen an die Umweltbildung, verknüpft mit neuen Zielen, Inhalten und Methoden.

Auch in Deutschland hat die Umweltbildung in den letzten Jahren einen gesteigerten Stellenwert gewonnen. Auslöser waren globale Umweltthemen, die seit den 70er Jahren verstärkt zur Auseinandersetzung mit den Fragen des Natur- und Umweltschutzes führten. Dabei zeigte sich die Notwendigkeit, Bildung und Erziehung planvoll einzusetzen. Die Einbeziehung von Umweltfragen ins pädagogische Handeln wurde begleitet durch den Aufbau zahlreicher Natur- und Umweltbildungseinrichtungen in freier, privater und kommunaler Trägerschaft (BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ 1997; UMWELTBUNDESAMT 1997).

Die Lerninhalte der Umweltbildung werden zur Zeit aktualisiert und erweitert. Die Schwerpunkte sieht der BANU vor allem in der stärkeren Beachtung ökonomischer Bildungsinhalte, der Einbeziehung ethischer Dimensionen und der Auseinandersetzung mit moralischen Werten. Aus der Ungleichheit auf der Erde zwischen verschiedenen Staaten und Regionen resultiert die Frage, wie - ohne weitere Zerstörung oder Gefährdung von Natur und Umwelt -Gerechtigkeit erreicht werden kann.

Diese neuen Aspekte haben grundlegende Folgen für eine moderne Umweltbildung. Die Bildung für Nachhaltigkeit wendet sich an eine breite Öffentlichkeit, da nur durch die aktive demokratische Mitwirkung möglichst vieler Menschen die natürlichen Lebensbedingungen erhalten bzw. geschaffen werden können (NINCK 1997).

Globale Prozesse zur Lösung von Problemen, Experimentierprogramme, Dialogbereitschaft u.a. erfordern eine neue Alltagskultur innovativer Lern- und Lehrformen sowie -methoden. Fachwissen, systemische Zusammenhänge und methodische Kompetenzen treten in den Mittelpunkt, gepaart mit Phantasie und Kreativität sowie mit antizipatorischem Denken und Handeln.

Kommunikative Kompetenzen erhalten einen wesentlich höheren Stellenwert als bisher, z.B.:

- Entwickeln von Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit,
- Entwickeln von Teamfähigkeit,
- Herausbilden von selbstreflektierenden Kompetenzen sowie
- Umgehen mit Interessengebieten und Konflikten.

Durch Bildungsprozesse soll dem Ziel "Gerechtigkeit" bezüglich Lebensqualität und -chancen für alle gegenwärtig und künftig lebenden Generationen nähergekommen werden. Die Menschen sollen befähigt werden, ihre Anliegen für eine nachhaltige Entwicklung zu formulieren und umzusetzen, um sich auch an Entscheidungsprozessen beteiligen zu können (AGENDA 21, Kap. 2). In der Umweltbildung müssen soziale und persönlichkeitsbildende Inhalte ebenso eine Rolle spielen, wie unmittelbare Inhalte aus dem Natur- und Umweltschutz. Umweltbildung kann kein abgerundetes funktionales Konzept zur Verhaltensänderung für eine nachhaltige Entwicklung bieten, sondern muss sich in den Kanon allgemeiner Bildung einreihen mit dem Ziel, die Selbständigkeit im Denken und Handeln der Menschen zu fördern. So gesehen ist Umweltbildung als Voraussetzung für die Bewältigung von ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen, sowie auch arbeitsmarktpolitischen wie lebensweltlichen Problemen und Alltagssituationen zu verstehen.

Bei allen Veranstaltungen im Natur- und Umweltbildungsbereich ist die Tatsache, dass der Mensch Verursacher, Betroffener und Verantwortlicher von Umweltveränderungen ist, stärker in das Bewusstsein der Teilnehmer zu transformieren. Zu diskutieren sind die Eingriffe der Menschen in Naturressourcen und deren Folgewirkungen.

Vernetzungsstrukturen sind zu charakterisieren und daraus komplexe Lösungsstrategien für Umweltprobleme abzuleiten.

3.2 Diskussion inhaltlicher Schwerpunkte

Neue inhaltliche Schwerpunkte für die Umweltbildung auf der Grundlage der AGENDA 21 sind u.a. die folgenden Themen:

- Naturschutz in seiner Ganzheitlichkeit,
- biologische Vielfalt,
- nachhaltige Siedlungsentwicklung, verbunden mit ökologischem Bauen,
- umweltverträgliche Nutzung der Biotechnologie,
- Initiativen der Kommunen zur Unterstützung der Agenda 21 ,
- Konsum- und Essgewohnheiten,
- Energie- und Stoffkreisläufe,
- effektive Nutzung von Energieressourcen sowie
- Wissenschaft im Dienst einer nachhaltigen Entwicklung.

Dabei stehen aber nicht nur die genannten Inhalte im Mittelpunkt der Weiterbildungen, sondern es sind auch neue Denkweisen im Zusammenhang mit sich daraus ergebenden Handlungskonsequenzen zu vermitteln.

Eine Umweltbildung, welche die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anspricht, braucht Methodenvielfalt beim Lernen. Das Zusammenführen von Theorie und Praxis eines Themas, verbunden mit einer historischen Aufarbeitung bis zur aktuellen Situation sind wichtige Fundamente des Bildungsprozesses. Es müssen sowohl Lebensstile einzelner als auch gesellschaftliche Lebensmodelle, die an Nachhaltigkeit orientiert sind, diskutiert und erlebbar gemacht werden.

3.3 Aufgaben aller Umweltbildungsstätten bei der Überführung neuer inhaltlicher Schwerpunkte in die Praxis

Die Umweltbildungsstätten des BANU integrieren bereits heute neue Dimensionen der Natur- und Umweltbildung. Neben traditionellen Seminaren und Workshops zum Natur- und Umweltschutz, nehmen Themen zur Selbstorganisation des Bildungsprozesses sowie zur Herausbildung sozialer und kommunikativer Kompetenzen ständig zu. Sie stoßen auf großes Interesse bei der Bevölkerung. Die Auseinandersetzung mit komplexen ökologischen Problemen führt zum Erkennen von Defiziten. Diese Defizite abzubauen, ist eine Schwerpunktaufgabe aller Bildungsstätten.

Die Umweltbildungsstätten haben entsprechend der AGENDA 21 den Auftrag, die Menschen zu befähigen, ihre Anliegen in bezug auf nachhaltige Entwicklung abzuschätzen sowie an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Wenn zunehmend mehr Menschen sachkompetent und selbstbewusst sowie solidarisch im Sinne der Natur denken und handeln, können nachhaltige Entwicklungen schneller umgesetzt werden.

Der BANU sieht seine Aufgaben vor allem darin:

- Bürger zum Natur- und Umweltschutz zu befähigen,
- Naturerlebnisräume anzubieten,
- Handlungsfelder didaktisch aufzuarbeiten,
- natur- und umweltpädagogische Konzepte zu erarbeiten,
- AGENDA-Aktivitäten zu forcieren,
- vernetzte und innovative Denk- und Bewusstseinsstrategien zu entwickeln sowie
- Hilfen bei der ökologischen Lebensgestaltung zu geben.

Der BANU bietet bereits komplexe Umweltthemen als Bausteine oder Module an, so dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Veranstaltungen sich ihr spezielles und auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes Angebot auswählen können. Neben diesen Veranstaltungen können sie durch persönliche beratende Gespräche auch individuelle Hilfen erhalten.

3.4 Ausblick

Jede Umweltbildungsstätte kann in ihrem Umfeld kommunale AGENDA 21-Aktivitäten auslösen, sie positiv begleiten und unterstützen. Das bedeutet, -dass Qualifizierungsmaßnahmen in allen Teilen der Bevölkerung an Bedeutung gewinnen. Dieses haben in der letzten Zeit besonders viele junge Leute erkannt und engagieren sich für Natur und Umwelt. Hier gilt es anzusetzen, die junge Generation auch in Zukunft noch stärker für Natur und Umwelt zu interessieren.

Darüber hinaus soll aber auch angestrebt werden, jene Bürgerinnen und Bürger für diese Prozesse zu interessieren und zu begeistern, die derzeit dem Natur- und Umweltschutz noch abwartend, reserviert oder gar ablehnend gegenüberstehen.

4. Umweltbildung nutzt neue Methoden und Instrumente

Leitlinie 4:

Umweltbildung nutzt neue Methoden und Instrumente.

Vom Dozieren und Belehren zum natur- und umweltgerechten Handeln mit ausgeprägten Umweltkompetenzen.

Neue Ziele und Inhalte erfordern neue Methoden und Instrumente. Da die Umweltbildung eine recht junge Disziplin ist, bedient sie sich bewährter und erprobter Methoden anderer Wissenschaften und modifiziert diese für ihre eigenen Belange. Die Interdisziplinarität erstreckt sich u.a. auf die Pädagogik, die Psychologie, die Politik, die Kultur-, die Natur- und die Wirtschaftswissenschaften. Die Auseinandersetzung mit Methoden aus diesen Bereichen führt zu einem außerordentlich breiten Spektrum zielgruppenorientierter und altersgerechter Vermittlungs- und Anwendungstechniken. Besonderer Schwerpunkt ist auf den Einsatz moderner Managementmethoden, bewährter Moderations- und Mediationstechniken sowie praktikabler Kommunikationsstrategien zu legen.

4.1 Ziele und Gründe für neue Methoden und Instrumente

Die Natur- und Umweltbildung befindet sich in einem Umbruch. Ursache dafür sind die Diskussionen in der Nachfolge der Konferenz von Rio de Janeiro im Jahre 1992. Aus den neuen Zielen und Inhalten ergibt sich die Notwendigkeit in der Umweltbildung, neben traditionellen nunmehr auch modifizierte Ansätze mit einzubeziehen.

Die Auswahl geeigneter Methoden der Wissensvermittlung bzw. der Nutzung moderner Marketinginstrumente entscheidet mit über die Wirksamkeit von Maßnahmen der Umweltbildung. Um die umweltpolitischen Ziele der Agenda 21 umsetzen zu können, bedarf es neben ökonomischen und planerischen auch kommunikativer Instrumente. Die Umweltbildung muss sich dabei zahlreicher Methoden und Instrumente anderer Fachdisziplinen bedienen.

Neben neuen Partnerinnen und Partnern sowie Zielen und Inhalten sind für diese Aufgaben auch neue Methoden und Instrumente unerlässlich.

In stärkerem Maße als bisher, sind Vermittlungsmethoden für ihren Einsatz in der Umweltbildung zu prüfen, ggf. zu modifizieren und zu übernehmen. Gemeint sind insbesondere solche Methoden, die mögliche Verhaltensänderungen einleiten, da für einen erfolgreichen Natur- und Umweltschutz Veränderungen im Verhalten der Menschen unerlässlich sind. Alle geeigneten Methoden müssen zunächst evaluiert werden, bevor sie Eingang in die Umweltbildung finden können.

Aus vielen Bereichen sind Anregungen zur Fortentwicklung der Natur- und Umweltbildung zu entnehmen. Dabei soll Bewährtes erhalten bleiben und mit neuen Ansätzen kombiniert werden. Pädagogik, Psychologie, Soziologie, Kunst und viele andere Disziplinen verfügen über spezifische, wissenschaftlich abgesicherte Vermittlungsmethoden für die didaktische Aufbereitung ihrer

Fachthemen, welche auch für die Umweltbildung von Interesse sind. Wichtig für eine methodische Weiterentwicklung der Umweltbildung ist eine Kooperation mit der Wirtschaft und das Nutzen ihrer effektivsten Methoden. In der Wirtschaft ist Kundenorientierung ein zentrales Kriterium, mit dem Ziel einer positiven Entscheidung für ein bestimmtes Produkt. Einen ähnlichen Ansatz benötigt die Umweltbildung der Zukunft. Menschen sollen motiviert werden, Natur- und Umweltbildung als relevantes und notwendiges Ziel anzusehen.

Für die Umweltbildung ist interessant, dass sich Marketing nicht mehr nur auf die Wirtschaft und auf Materielles bezieht, sondern auf einen gegenseitigen Prozess des Anbietens und des Abnehmens auch von nichtmateriellen Gütern. Marketing bezeichnet somit alle Aktivitäten der Zusammenarbeit eines Marktes mit dem Ziel, Austauschprozesse zu verwirklichen (KOTLER 1995).

Für den BANU ist es zukünftig sehr wichtig, wie die eigenen Produkte abgesetzt werden können, was hergestellt und angeboten werden kann und soll. Aus diesem Grunde ist anzustreben, dass jede Umweltbildungsstätte eine "Firmenphilosophie" und ein entsprechendes Marketingkonzept erarbeitet. Der Marketingprozess in der Umweltbildung beginnt damit, die Wünsche zukünftiger Zielgruppen hinsichtlich konkreter Inhalte, Ziele und Methoden festzustellen und nachzuvollziehen. Danach gilt es herauszufinden, auf welche wettbewerbsfähige Art und Weise diesen Bedürfnissen entsprochen werden kann.

Soziales Marketing hat Strategien für Verhaltens- und Einstellungsänderungen entwickelt. Ziel ist es, soziale Ideen und Verhaltensweisen bei Menschen stärker zu verankern. Bedient sich Umweltbildung der erprobten Methoden einer Produktwerbekampagne des sozialen Marketings, so können angestrebte Veränderungen im Bewusstsein die Folge sein. Diese wiederum können zu erhofften Handlungskompetenzen führen (REUTHER 1993).

Öffentlichkeitsarbeit will den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Handlungsspielraum einer Organisation im Prozess der Meinungsbildung öffnen und sichern. Sie wird professionell eingesetzt, um:

- die Aufgaben von Unternehmen oder Gruppen, ihre Tätigkeiten und Verhaltensweisen zu verdeutlichen,
- die Position und Beschaffenheit von Produkten und ihre Bedeutung für potentielle Nutzer
- die Nachfrage der Öffentlichkeit nach Informationen zu ermöglichen und
- ein Klima des Vertrauens herzustellen.

Öffentlichkeitsarbeit steht gleichrangig neben anderen Aufgaben einer Umweltbildungsstätte und wirkt vernetzend. Sie prägt wesentlich das Image einer Einrichtung. Öffentlichkeitsarbeit, die sich auf Wahrheit und Ehrlichkeit stützt, erwirbt das Vertrauen der Bevölkerung, führt zur Akzeptanz, zur Bereitschaft zum Dialog sowie zum partnerschaftlichen Geben und Nehmen (BOGNER 1995).

4.2 Diskussion neuer Methoden

Durch die Neu- und Weiterentwicklung pädagogischer Konzepte in der Umweltbildung konnte in den letzten Jahrzehnten einer breiten Öffentlichkeit wertvolles Wissen vermittelt werden. Darüber hinaus wurden vielfältige Aktionen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu Natur- und Umweltfragen durchgeführt. Die sich abzeichnenden Veränderungen erfordern in der Einstellung zu Natur

und Umwelt, bewährte Methoden weiterhin beizubehalten, sie z.T. zu modernisieren bzw. mit neuen Konzepten anzureichern.

Ziel ist es, ein differenziertes Methoden- und Problembewusstsein zu gewinnen und komplexes, vernetztes Denken sowie selbständige Urteilsfähigkeit zu entwickeln.

Die Arbeit mit neuen Methoden in der Umweltbildung soll zur Entwicklung von Sach-, Sozial-, Selbst- und Methodenkompetenz beitragen:

- Sachkompetenz umfasst die Fähigkeit, erworbenes Wissen sowie gewonnene Einsichten auch in neuen Handlungszusammenhängen anzuwenden.
- Sozialkompetenz umfasst die Fähigkeit, miteinander zu lernen, zu arbeiten und zu leben, Verantwortung wahrzunehmen und solidarisch zu handeln.
- Selbstkompetenz umfasst die Fähigkeit, Emotionen, eigene Stärken und Schwächen zu erkennen und einzuschätzen, Verantwortung zu übernehmen und entsprechend zu handeln. Dabei stehen insbesondere die Einschätzung der eigenen Arbeit und das Bilden persönlicher Standpunkte im Mittelpunkt.
- Methodenkompetenz umfasst die Fähigkeit, Strategien zu entwickeln und unterschiedliche Arbeitstechniken und -verfahren sach- und situationsgerecht anzuwenden.

Auf diesen Grundlagen kann eine sachlich fundierte und langfristig wirkende Handlungskompetenz entstehen. Bei der Bearbeitung von Umweltkonflikten gilt es, historische Wurzeln, soziale, ökologische und ökonomische Ursachen aufzudecken sowie unterschiedliche Lösungsstrategien und mögliche Perspektiven aufzuzeigen, um Offenheit im Denken zu fördern und Handlungserfahrungen zu entwickeln.

Bei der Naturerlebnispädagogik werden kognitive Elemente sinnlich sowie spielerisch bearbeitet. Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen in der Natur tätig werden, um zu erfahren, dass das Verhalten jedes Einzelnen konkrete ökologische, soziale und/oder ökonomische Folgen hat (REIS-SMANN 1995).

Umweltpolitische Bildung will das Interesse der Menschen wecken, aktiv ihre Lebensbedingungen mitzugestalten, und somit auch bei umweltrelevanten Fragen mitzuentcheiden. Mit Hilfe unterschiedlicher Methoden werden mögliche Umweltkonflikte simuliert, Umfragen ausgewertet, konträre Standpunkte und Werthaltungen bekanntgemacht sowie soziale und kommunikative Kompetenz geübt.

Die Moderation ist eine bewährte Methode und wird punktuell und erfolgreich im Umweltbereich eingesetzt. Moderatorinnen und Moderatoren haben die Aufgabe, neben der Diskussionsleitung auch die Schwerpunkte der jeweiligen Themen zu fixieren und Inhalte abzugrenzen. Wesentlich für eine Ergebnisfindung ist dabei die Visualisierung erreichter Ergebnisse (FIETKAU 1994).

Die Mediation ist ein Verhandlungsverfahren zur Konfliktbewältigung. Neutrale Mediatorinnen und Mediatoren fungieren als Vermittler. Für oft aussichtslos erscheinende Situationen werden konsensfähige Lösungen und Strategien in einem sachlichen und fairen Prozess gesucht. Sie haben alle betroffenen Partner gleichrangig an der Lösungssuche zu beteiligen und auch als gleichwertige Partner zu behandeln. Sie müssen in der Lage sein, sich bietende Handlungsspielräume zu erkennen und zu nutzen. Zu ihren Aufgaben gehört die Suche nach neuen Lösungen ebenso wie die Sicherung des ungestörten Informationsflusses für alle Partner bei stets korrekter Verhandlungsführung (FIETKAU 1995).

Die Arbeit mit Medien verlangt die Beherrschung neuer Vermittlungsmethoden und muss zur Selbstverständlichkeit in allen Umweltbildungsstätten werden. Eine moderne Multimedia-Ausstattung ist obligatorisch, weil dadurch eine effektive Informationsbeschaffung und –vermittlung möglich wird. Damit sind die Grundlagen für eine verbesserte Kommunikation gelegt, die wiederum attraktive Präsentationen zur Folge haben kann (SCHLEICHER 1997).

Mehrperspektivische Betrachtungen von Umweltthemen und Perspektivvernetzung sollen zu komplexerem Wissen führen. Noch zu häufig werden in Weiterbildungen additiv Inhalte aneinandergereiht. In der Mehrzahl der Fälle konnte so in der Vergangenheit zwar Natur- und Umweltwissen angehäuft, nicht aber in genügendem Maße vernetztes Denken und Lernen in Zusammenhängen erreicht werden. Dies ist aber notwendig, wenn in die komplizierten und komplexen Fragen und Probleme unserer Zeit tiefer eingedrungen werden soll. So können globale Themen in der Regel nur noch durch das Zusammenwirken mehrerer Referentinnen und Referenten oder Seminarleiterinnen und Seminarleiter aus verschiedenen Fachgebieten umfassend bearbeitet werden. Zweckmäßig ist es, mehrere Fachexperten zu einer gemeinsamen Veranstaltung einzuladen, um dort die verschiedenen Positionen zusammenzutragen zu lassen. Das Prinzip der Interdisziplinarität hat sich bewährt (DE HMN 1997).

Jede Generation verfügt über eigene Erfahrungen mit der Umwelt und hat spezifische Interessen sowie unterschiedliches Engagement. Inzwischen liegen erste Erfahrungen zum generationsübergreifenden Lernen vor. Partizipation wird praktiziert, gleichzeitig kommt es zu Kommunikationsprozessen. Von großem Vorteil für die Effektivität und altersgerechte Gestaltung von Veranstaltungen wäre auch der Einsatz von Team-teaching. Nach einer gemeinsamen Vorbereitung, an der Vertreterinnen und Vertreter der Pädagogik, Psychologie, Natur- und Wirtschaftswissenschaften, Kultur- und Sozialwissenschaften je nach der Thematik beteiligt sind, begleiten sie den Umsetzungsprozess. In hohem Maße können so kreative Potentiale und soziale Kompetenzen Betroffener und Interessierter genutzt werden.

4.3 Aufgaben aller Umweltbildungsstätten bei der Umsetzung neuer Methoden und dem Einsatz von Instrumenten

Die im BANU zusammengeschlossenen Umweltbildungsstätten haben in der Vergangenheit maßgeblich die Umweltbildung in Deutschland mitgestaltet. Dies soll auch in Zukunft so sein, gilt es doch, einer großen Zahl von Menschen Natur- und Umweltschutz nahe zu bringen. Der BANU ist auf der einen Seite seiner Vorreiterfunktion gerecht geworden, auf der anderen Seite hat er eine Vermittlerfunktion mit Prozessverantwortung übernommen. Die Umweltbildungsstätten des BANU sind für Umweltbildungsaktivitäten aller Art der geeignete institutionelle und organisatorische Rahmen, z.B. für Arbeitskreise, Workshops, Zukunftswerkstätten, Projekte u.a. Sie verfügen über das dafür notwendige qualifizierte Personal.

Um der Komplexität von Umweltthemen zu entsprechen, sind adäquate Anforderungen an Didaktik und Methodik zu stellen.

Auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Umweltbildungsstätten kommt damit ein anspruchsvoller und umfangreicher Qualifizierungsprozess zu. Die nachfolgend aufgeführten Qualifikationen sind erforderlich, um die Entwicklung einer nachhaltigen Gesellschaft bewirken zu können:

- Erwerben von fachlichem Wissen auf hohem Niveau,
- Vermitteln von Fähigkeiten für systemisches Denken,
- Orientieren auf Zukunftsbewusstheit,
- Erkennen von emotionalen Phasen der Natur- und Umweltbildung,
- Beherrschen selbständiger Informationssuche, -aufnahme und -verarbeitung,

- Trainieren von Fähigkeiten zum kooperativen Arbeiten,
- Darstellen von Natur- und Umweltproblemen und das Aufzeigen von Problemlösungsstrategien

sowie Anreichern von Fähigkeiten zur Vermittlung und Bewältigung bei Umweltkonflikten. Die veränderten Lehr- und Lernbedingungen verlangen nach einer variablen Aus-, Weiter- und Fortbildung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nachdem ein günstiges Lernklima als notwendige Ausgangsposition aller Weiterbildungen geschaffen wurde, besteht eine wesentliche Aufgabe darin, gemäß der unterschiedlichen Ziele und Zielgruppen, der Rahmenbedingungen, der Themen sowie der eigenen Persönlichkeit, geeignete Methodensets zu entwickeln, sich diese anzueignen, anzuwenden, zu variieren und zu evaluieren.

4.4 Ausblick

Der effiziente Einsatz von Vermittlungsmethoden und entsprechender Instrumente wird bei allen Umweltbildungsstätten zu einer deutlichen Verbesserung der Angebote führen und diese stärker in den Blick der Öffentlichkeit rücken. Lust auf Umweltbildung führt zu nachhaltigen Umwelt- und Bewusstseinsänderungen. Über Evaluierung muss es gelingen, die Effektivität weiter zu steigern. Die BANU-Institutionen beurteilen regelmäßig ihre Arbeit, insbesondere die Veranstaltungen. So erhalten sie neue Impulse für die Weiterarbeit. Die Wünsche und Anregungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer fließen kontinuierlich in die Ausgestaltung des Programms ein.

5. Umweltbildung sucht Partner

Leitlinie 5:

Umweltbildung sucht Partner.

Gemeinsam sind wir stark - mit neuen Partnern können wir noch mehr schaffen.

Eine Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Bereichen ist systematisch auszubauen und zu sichern. Dieses gilt vor allem für:
die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Politik, die Medien, die sozialen Dienste, die Kultur, die Kirchen, den Sport und die Wissenschaften sowohl in den öffentlichen, als auch in den privaten Einrichtungen auf kommunaler, Länder- und Bundesebene.
Die Vernetzung von Umweltbildungsstätten und die Koordinierung ihrer Aktivitäten müssen vorangetrieben werden. Nur dadurch kann die Effizienz gesteigert werden.

5.1 Ziele und Gründe für die Zusammenarbeit mit Partnern

Die AGENDA 21 weist im Kapitel 36 die Natur- und Umweltbildung als Querschnittsaufgabe aus. Dazu haben sich die BANU-Bildungsstätten Leitlinien erarbeitet, die auf verschiedenen Ebenen Wirkungen auslösen sollen. Diese Leitlinien dienen als Referenzrahmen, da mit ihnen beurteilt werden kann, welche Partner zur Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklung zu beteiligen sind und welche Partner zu konkreten Maßnahmen und Projekten motiviert werden können. Sie sind dazu zu nutzen, die sichtbar gewordenen Defizite in der Zusammenarbeit abzubauen und durch tragfähigere Kooperationsformen zu überwinden.

Ziel ist die Bildung für Nachhaltigkeit (education for sustainable development). Sie umfasst ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Dimensionen (MICHELSEN 1997). Damit ist das weite Umfeld charakterisiert, aus dem Partner für den Natur- und Umweltschutz zu gewinnen sind: "Nur durch die Bündelung der Kräfte und Kompetenzen lassen sich Fortschritte erzielen und Veränderungen bewirken." (BUND; MISEREOR 1996, S. 79)
Der BANU strebt eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit allen bisherigen Partnern an und beabsichtigt, weitere neue Partnerschaften aufzubauen. Angesprochen werden sollen:

- -freie Träger, Institutionen und Einrichtungen,
- -Vereine und Verbände,
- -Industriebetriebe, Mittelständler, Selbständige, Angestellte und Arbeiter,
- -soziale, kulturelle, wissenschaftliche und kirchliche Dienste sowie
- -Bürger, die ein Interesse an Natur und Umwelt haben.

Unser Angebot zur intensiven Zusammenarbeit richtet sich nicht zuletzt auch an ministerielle und behördliche Einrichtungen, die als Mittler für die oben genannten gesellschaftlichen Bereiche Verantwortung tragen und die für nachhaltige Entwicklung zuständig sind.

Das Konzept für eine nachhaltige Entwicklung erfordert eine Integration des Natur- und Umweltschutzes in alle gesellschaftlichen Bereiche (KASTENHOLZ et al. 1996). Damit muss dieses Konzept auch von der Umweltbildung aufgegriffen werden.

Vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit ist notwendige Grundlage für eine längerfristige gemeinsame und erfolgreiche Arbeit, die stets gegenseitigen Nutzen erbringen soll. Dieses bietet der BANU an.

Die Integration neuer Partner und die Intensivierung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit führt langfristig

- zur Neubestimmung und Erweiterung der Ziele für die Umweltbildung,
- zu vernetzten Aktionen für eine wirksame Umweltbildung sowie
- zu größerer Effizienz beim Einsatz von Mitteln (ANU 1996).
-

Dazu ist die Abkehr von einer isolierten Betrachtung ökologischer Probleme notwendig, wie sie in der Vergangenheit häufig zu beobachten war. Ökologische Nachhaltigkeit, gepaart mit sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Effizienz, lautet das Ziel für die Zukunft.

Durch den Aufbau einer vertrauensvollen Zusammenarbeit können noch vorhandene Vorurteile abgebaut werden.

Mit dem gegenseitigen Übertragen von Denk- und Handlungsstrukturen aus dem Natur- und Umweltbildungsbereich und dem Tätigkeitsfeld der Partner ist ein Transfer von Strategien aus verschiedenen Bereichen zur Lösung von Umweltkonflikten verbunden. Diese Impulse sind für eine Weiterentwicklung der Umweltbildung unerlässlich. Die komplexen ökologischen Strukturen zu durchschauen, erfordert ganzheitliches und vernetztes Denken und Lernen in Zusammenhängen. Wer dieses Denken im Umweltbereich beherrscht, ist auch in der Lage, intelligente komplexe Prozesse anderer Bereiche zu durchdringen (DÖRNER 1989; VESTER 1978).

Durch das Zusammenführen der Ressourcen verschiedener Partner sind - auch bei der Einsparung von Mitteln - Synergieeffekte zu erreichen. Der BANU und seine Partner können durch Kooperationen ein vielfältigeres Themenangebot für die Umweltbildung anbieten. Breitere Themenangebote sind schließlich notwendig, um neue Zielgruppen für Natur und Umwelt zu interessieren.

Die Bildungsstätten des BANU verfügen über fachlich fundierte und didaktisch aufbereitete Materialien, die einem breiten Leserkreis zugänglich sind. Diese Materialien können auch den Partnern bereitgestellt werden. Weiterhin steht der BANU als kompetenter Berater bei der Durchführung von Seminaren, Workshops, Tagungen u.a. zur Verfügung.

In der Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft ergeben sich gegenseitige Vorteile. Einerseits dadurch, dass abgesicherte Umweltpositionen in die jeweiligen "Firmenphilosophien" Eingang finden, andererseits könnte Natur- und Umweltbildung in die Lage versetzt werden, durch den Einsatz erprobter und erfolgreich angewandter Management- und Marketingmethoden der Industrie im Umweltbereich sein eigenes Handeln grundlegend zu verbessern.

Bedarf in der Zusammenarbeit mit Partnern sieht der BANU auch in gemeinsamen Forschungsvorhaben zur Umweltbildung. Insbesondere sind die notwendigen Aus-, Weiter- und Fortbildungsprozesse der Erwachsenenqualifizierung im Umweltbereich noch zu wenig wissenschaftlich begleitet.

Die Zusammenarbeit mit Partnern setzt voraus:

- Wille zur Weiterentwicklung der Umweltbildung,
- Interesse an Informationen und Argumenten aus dem Umweltbereich,
- Bereitschaft zur umweltrelevanten Qualifizierung,
- Beteiligung am Agendaprozess für das 21. Jahrhundert sowie
- Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Zielen, Inhalten und Methoden der Umweltbildung und kritische Prüfung bei der Überführung in effiziente Strukturen.

5.2 Aufgaben aller Umweltbildungsstätten bei der Zusammenarbeit mit Partnern

Achtung und Offenheit sind Grundlagen der BANU-Arbeit. Vernetzung und Koordinierung von Bildungsaktivitäten tragen wesentlich zur Vertrauensbildung bei.

Die Aufgaben aller Umweltbildungsstätten bei der Zusammenarbeit sollen nachfolgend

- Zugehen auf neue Partner,
- Unterbreiten von Angeboten für gemeinsame Arbeiten im Umweltbildungsbereich,
- Vernetzen von Bildungsaktivitäten,
- Unterstützen bei der Klärung theoretischer und praktischer Probleme aus dem Umweltbildungsbereich,
- Evaluieren von Bildungsaktivitäten und Weiterleiten von Forschungsergebnissen,
- Erarbeiten und Bereitstellen von Materialien für die Umweltbildung,
- Mitwirken an landesspezifischen Grundsatzpapieren zur Weiterentwicklung des Natur- und Umweltschutzes sowie der Umweltbildung,
- Vorbereiten, Durchführen und Evaluieren von anspruchsvollen Fachforen der Umweltbildung,
- Vorbereiten und Abschließen von Kooperationsverträgen sowie
- Initiieren von Referentenaustauschen, Projekten, Praktika, u.a.

5.3 Ausblick

Alle diskutierten Ziele, Anforderungen und Aufgaben sollen letztlich eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Sie dienen auch der Umsetzung von lokalen Agenden in den einzelnen Regionen. Nur durch eine enge Zusammenarbeit kann es gelingen, Ziele, Inhalte und Methoden der Umweltbildung so zu verankern, dass daraus spürbare Wirkungen erwachsen.

Mit starken Partnern kann es der "Bundesweite Arbeitskreis der staatlich getragenen Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz" schaffen, anspruchsvolle Ziele in absehbarer Zeit zu erreichen. Je größer die Palette der Partner ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die gesellschaftlichen Herausforderungen bewältigt werden können.

6. Wir stärken das Zusammenwachsen Europas!

Leitlinie 6:

Wir stärken das Zusammenwachsen Europas!

Umweltbildung belebt und unterstützt die europäische Zusammenarbeit

Die europäische Zusammenarbeit in der Umweltbildung kann einen wesentlichen Beitrag zur grenzüberschreitenden Umweltverbesserung durch den partnerschaftlichen Austausch von Praxiserfahrungen leisten. Sie unterstützt das Umsetzen von zukunftsfähigen regionalen Entwicklungskonzepten und Umweltentlastungsstrategien. Sie nimmt national unterschiedliche Werte- und Entwicklungsvorstellungen auf und legt den Grundstein zu einem gemeinschaftlichen Verantwortungsgefühl für die natürlichen Lebensgrundlagen.

Ziele und Gründe für die europäische Zusammenarbeit

Der Zustand der Umwelt prägt ganz wesentlich die Lebensbedingungen und damit die Lebensqualität. Das Lösen der oft über Jahrzehnte angehäuften Umweltprobleme ist somit eine der wichtigen Voraussetzungen für eine schrittweise Anhebung der Lebensqualität in jedem einzelnen Staat.

Die Erweiterung der Europäischen Staatengemeinschaft ist eine der großen Herausforderungen zu Beginn des neuen Jahrhunderts in Europa. Das gilt für die gegenwärtigen und die zukünftigen Mitgliedsländer gleichermaßen. Mit dieser Erweiterung verbunden ist die Chance zur schrittweise Verwirklichung einheitlicher Umwelt- und Entwicklungsbedingungen in Europa. Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Umweltbildung kann hierbei Unterstützung geben.

Die Dynamik des Transformationsprozesses in den Ländern Mittel- und Osteuropas führt zu einem akuten Problemlösungsdruck in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Vor dem Hintergrund der globalen Umweltprobleme und der in vielen Fällen komplizierten Umsetzungsmöglichkeiten für multinational vertraglich vereinbarte Entlastungsstrategien sind gerade die Staaten Europas zu einer beispielgebenden Zusammenarbeit aufgefordert. Ergebnisse der europäischen Zusammenarbeit können auch Anregungen für Herangehensweisen im globalen Umwelt- und Naturschutz vermitteln.

Aufgaben aller Umweltbildungsstätten bei der internationalen Zusammenarbeit

Umweltbildung muss international

- Entscheidungsträger in Politik, Verwaltung und Wirtschaft beim Entwickeln und Umsetzen zukunftsfähiger Lösungskonzepte unterstützen,
- die demokratische Mitwirkung einer breiten Öffentlichkeit zu Fragen des Natur- und Umweltschutzes und zur nachhaltigen Entwicklung fördern und
- den Austausch von Erfahrungen in der Umweltbildung der nachwachsenden Generationen anregen.

Die Mitgliedseinrichtungen des BANU

- streben eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit europäischen Bildungseinrichtungen verschiedener Länder im Natur- und Umweltschutz an
- unterstützen den Aufbau leistungsfähiger Bildungseinrichtungen und das Entwickeln innovativer Umweltbildungskonzepte, vor allem in den Beitrittsländern zur

- befördern ein gesamteuropäisches Denken und Handeln im Natur- und Umweltschutz insbesondere durch internationale Tagungen und die Unterstützung des Umweltdialogs in Städtepartnerschaften

Der BANU geht in seiner Arbeit von dem Grundsatz aus :

Umweltbildung ist keine Einbahnstrasse in West-Ost- oder Nord-Süd -Richtung. Sie muss innovative Lösungen, bewährte Umsetzungskonzepte und Arbeitsweisen verfügbar machen und zugleich das wechselseitige Verständnis für national unterschiedliche kulturell geprägte Sichtweisen auf das Verhältnis der Menschen zu Umwelt und Natur und zu der Einen Welt aufnehmen.

Ausblick

In fast allen Ländern gestalten Bildungseinrichtungen und -initiativen nachhaltige Entwicklung mit. Eine Vernetzung vieler dieser Aktivitäten trägt dazu bei, die Kompetenz im Bereich Umweltbildung zu erhöhen und die Akzeptanz für Umwelt- und Naturschutz zu verbessern. Der BANU sucht verstärkt die Zusammenarbeit mit diesen Institutionen und Gruppen.

7. Umweltbildung und globales Lernen gehören zusammen

Leitlinie 7:

Umweltbildung und globales Lernen gehören zusammen

Bei Themen der Entwicklungszusammenarbeit arbeiten wir mit in- und ausländischen Institutionen zusammen und verknüpfen dabei Umweltschutz und globales Lernen im Sinne einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung und der Agenda 21.

Seit der Konferenz von Rio (1992) sowie mit dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (2002) ist jede Gesellschaft dieser Erde aufgefordert, ihr Verhalten nicht nur an ihrer eigenen Überlebensfähigkeit, sondern an der Überlebensfähigkeit der Weltgesellschaft auszurichten. Unsere in der westlichen Staatengemeinschaft eingebundene Gesellschaft ist mit der Erkenntnis konfrontiert, dass unsere Lebens- und Wirtschaftsweise, insbesondere der ungezügelter Energie- und Ressourcenverbrauch, mit ausserordentlichen Belastungen vieler Länder besonders in der südlichen Hemisphäre verbunden ist. Die Globalisierung der Weltwirtschaft wird von immer mehr Menschen als Gefahr für die Sozialsysteme und die Umwelt empfunden.

Diese teilweise sehr stark divergierenden Interessenlagen führen dazu, dass viele gesellschaftliche Gruppen Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development) je nach ihrem Nutzen und ihrer Betroffenheit unterschiedlich gewichten, also gemeinsame konkrete Handlungsmaximen für eine globale Zukunftspolitik noch nicht gefunden haben.

Abhilfe kann nur ein Prozess schaffen, der darauf abzielt, grundlegende Änderungen unserer Werthaltungen, Institutionen und Lebensstile sowie unserer Haltungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen. Die Globalisierung der Wirtschaftspolitik muss ergänzt werden durch eine Globalisierung der Sozial- und Umweltpolitik. Insbesondere die Themenbereiche „Erneuerbare Energien, Energieeffiziente Techniken, Wassermanagement, Zugang zu Trinkwasser“ stehen mit dem Umsetzungsplan des Weltgipfels in Johannesburg im Mittelpunkt der Umwelt- und Entwicklungszusammenarbeit. Die Bekämpfung der Armut in Entwicklungsländern ist die Voraussetzung für einen schonenderen Umgang mit der Umwelt

Solidarisch sind gemeinsame Wege zu suchen – unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen. Es geht darum, die natürlichen Lebensgrundlagen als Voraussetzung für eine tragfähige Wirtschaft und eine menschenwürdige Existenz aller Menschen zu bewahren. Dies ist als Win-win-Prozess zu entwickeln und auch zu kommunizieren.

Bildungsarbeit spielt für den Erfolg dieses Prozesses eine zentrale Rolle. Sie muss partizipativ sein, also die Menschen selbst mit einbeziehen. Sie darf nicht getragen sein von einer einseitigen Belehrungskultur, sondern von einer allseits anerkannten Lernkultur des partnerschaftlichen, gleichrangigen Gebens und Nehmens. Sie sollte interkulturelle Kompetenz vermitteln und Weltoffenheit fördern. Sie muss Umwelt und Entwicklung und soziale Gerechtigkeit miteinander verknüpfen.

Die im BANU zusammengeschlossenen Umweltbildungseinrichtungen unterstützen ausgehend von ihrem Engagement für Natur und Umwelt diesen Prozess. Die BANU-Institutionen suchen dazu die Zusammenarbeit mit allen Gruppen, die sich um nachhaltige Entwicklung, die Erhaltung der Biodiversität und soziale Gerechtigkeit kümmern. Mit diesem Engagement müssen zum einen in unserer Gesellschaft Dialogprozesse für einen Wertewandel, verbunden mit einem nachhaltigen Lebensstil, in Gang gebracht, zum anderen

mit in- und ausländischen Partnern Aktionen für Natur- und Umweltschutz sowie eine nachhaltige Entwicklung initiiert und gefördert werden.

Es geht dabei um Beratung, Information, Moderation, Prozessunterstützung, Veranstaltungsangebote, um Förderung und Verbreitung von Best-Practise-Projekten, um Aktionen und Kampagnen, Medienarbeit usw. Dabei sind die praktischen Ansatzpunkte der einzelnen BANU-Mitgliedseinrichtungen entsprechend ihrem jeweiligen Profil und Potential unterschiedlich.

8. Umweltbildung bietet vorbildhafte Umweltbildungsstätten

Leitlinie 8:

*Umweltbildung bietet vorbildhafte Umweltbildungsstätten.
Weiterentwicklung ist unsere Chance.*

Wer Anforderungen an andere formuliert, muss sich selbst auch der Herausforderung stellen. Die staatlichen Umweltbildungsstätten haben eine Vorbildfunktion. Sie sollen in hohem Maße nach dem Muster moderner Dienstleistungseinrichtungen, nach den Kriterien der Kundenfreundlichkeit, des Marketings, der Wirtschaftlichkeit und der Effizienz arbeiten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bildungsstätten müssen für die neuen Aufgaben motiviert und gezielt qualifiziert werden. Ebenso sind mittel- und langfristig die Fachgebiete Psychologie, Soziologie, Politologie, Kulturwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Marketing im Sinne der Interdisziplinarität einzubinden.

Die im BANU vertretenen Bildungsstätten sind bereit, neue Aufgaben zu übernehmen, beispielsweise als Clearingstellen für Umweltbildung im jeweiligen Land. Um diese Aufgaben bewältigen zu können, sind Organisationsstrukturen mit entsprechenden Freiräumen für Forschung und Lehre sowie eine ausreichende Finanzausstattung erforderlich. Umweltbildungsstätten sollen Bereiche wie Beschaffung, Energie- und Wasserverbrauch, Verpflegung, Verkehrsmittel, Innen- und Außengestaltung kritisch prüfen und ggf. Veränderungen planen und umsetzen, um den Anspruch einer zukunftsorientierten Bildungsstätte erfüllen zu können.

8.1 Ziele, Gründe und Anforderungen an vorbildhafte Umweltbildungsstätten

Ziel des BANU ist es, sich dafür einzusetzen, dass die Zusammenhänge zwischen Mensch-Natur-Gesellschaft künftig bei allen Entscheidungen und Handlungen im Bildungswesen, in der Wirtschaft und in der Verwaltung stärker berücksichtigt werden. Dazu wurde bereits viel initiiert und investiert. Es wurden Konzepte und Handlungsstrategien entwickelt und erprobt, die sich mit inhaltlichen, didaktischen und organisatorischen Fragen einer nachhaltigen Entwicklung unserer Welt befassen.

Die Zusammenarbeit mit Bürgern sowie Vereinen und Verbänden erfolgt engagiert, um den Schutz unserer Lebensgrundlagen zu erhalten. Viel Kraft wird eingesetzt, um Unstimmigkeiten zwischen Verursachern und Betroffenen, zwischen Produzenten und Konsumenten sowie zwischen Naturschützern und Naturnutzern zu schlichten.

Nachhaltige Entwicklung erfordert von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Umweltbildungsstätten in verstärktem Maße Kompetenzen in ökonomisch, sozialen, kommunikativen und ökologischen Bereichen. Deshalb ist es erforderlich, die Voraussetzungen zu schaffen, um die erforderlichen Kompetenzen zu erlangen. Technische, wirtschaftliche, wirtschaftspolitische, wissenschaftliche und soziale Entscheidungen lassen sich mit dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung bewerten. Menschen müssen für diesen Prozess qualifiziert werden.

Umweltbildungsstätten müssen sich in immer stärkerem Maße zu Dienstleistungsunternehmen weiterentwickeln.

Dafür sprechen folgende Argumente:

- Umweltbildungsstätten sollen nicht belehren, sondern Bildungsangebote unterbreiten. Dazu gehören Hilfestellungen und Prozessbegleitung, das Organisieren von Lernen, die Bereitstellung von Lernorten und Medien.
- Umweltbildungsstätten müssen ihre Themen an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientieren. Bedarfsanalysen bei verschiedenen Zielgruppen garantieren eine Bildung für aktuelle Umweltkonflikte und deren Lösungsstrategien.
- Umweltbildungsstätten haben sich gegenüber anderen Bildungsträgern zu bewähren, sich an den Bedingungen des Marktes zu orientieren und sich der Konkurrenz zu stellen.
- Umweltbildungsstätten vereinen Kompetenzen in Moderation und Mediation einerseits und Fachwissen in Ökologie, Planung, Natur- und Umweltschutz andererseits. Durch ihre breite Akzeptanz sowohl im Bereich der Landnutzungen als auch in Verwaltung und Verbänden sind sie prädestiniert, Moderationsaufgaben vor allem im Zusammenhang mit Naturschutzgroßprojekten (z.B. bei der Ausweisung von Großschutzgebieten) wahrzunehmen. Ihre Rolle als neutraler Moderator mit entsprechendem fachlichen Hintergrund erweist sich dabei als effektiv. Sie sind in der Lage, im Mediationsprozess sich bietende Handlungsspielräume zu erkennen und zu nutzen. Vorhandenes Fachwissen erleichtert die Suche nach neuen Lösungen. Das Vorhandensein notwendiger technischer Infrastrukturen ermöglicht die Visualisierung des jeweiligen Diskussionsstandes und sichert einen ungestörten Informationsfluss. Umweltbildungsstätten, die in ihren Konzepten auf dem Stand des Alternativ- oder des Protestimage stehen bleiben, können langfristig nicht erfolgreich sein. Neue Konzepte sind schwerpunktmäßig auf Nachhaltigkeitsdiskurse ausgerichtet. Ein erfolgreiches Dienstleistungsunternehmen zu sein, bedeutet neben einer selbstverständlich soliden fachlichen Arbeit auch:
 - -professionelle Öffentlichkeitsarbeit,
 - -ansprechende Innen- und Außengestaltung,
 - -kompetente, freundliche und insgesamt positive Ausstrahlung der gesamten Einrichtung sowie ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
 - -Vertrauen, gepaart mit Interesse, Emotionen und Motivationen sowie
 - -perfekte Moderation.

Zukunftsorientierte Bildungsstätten sollen sich eine unverwechselbare Identität geben. Das Image einer Einrichtung ist ein bleibendes Bild in den Köpfen der Menschen. Dabei geht es nicht nur um Äußerlichkeiten, sondern letztlich um eine anregende Arbeitsatmosphäre. Partizipation an Entscheidungsprozessen ist ein tragendes Element für Veränderungen, aber auch zur Motivationssteigerung. Die Umweltbildungsstätten haben ein Interesse an der Weiterentwicklung und erfolgreichen Umgestaltung im Sinne der Nachhaltigkeit. Je mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich an den neuen Zielen und daraus resultierenden Aufgaben beteiligen, desto mehr kreatives Potential steht zur Verfügung. Es wurde bereits mehrfach betont, wie wichtig die Vorbildfunktion gerade im Umweltbildungsbereich ist. Dieses gilt nicht nur für die Referentinnen und Referenten, sondern trifft die Bildungsstätte in ihrer Gesamtheit. Umweltbildungsstätten besitzen eine Vorbildfunktion und strahlen mit ihrem Bildungsangebot in die Region aus. Durch die eigenen Erfahrungen beim innerbetrieblichen Ökologisierungprozess machen sie Nachahmern Mut oder regen zu ähnlichen Vorhaben an. Natur- und umweltverträgliche Umgestaltungen der Bildungsstätten haben Zukunft. Häufig sind die damit verbundenen positiven Effekte nur langfristig zu sehen. Aus diesem Grund erscheinen Zertifizierungen geeignet und sinnvoll, diese Veränderungen auch frühzeitig zu dokumentieren. Sie erleichtern den Vergleich, ermöglichen einen guten Überblick des erreichten Standes und beleben die Konkurrenz.

8.2 Ausblick

Vorbildhafte Umweltbildungsstätten haben großen Einfluss auf die Infrastruktur der Umweltbildung. Sie bestimmen maßgeblich das Niveau moderner Umweltbildung, wenn sie sich schwerpunktmäßig an Nachhaltigkeitskriterien orientieren.

Der Prozess, jede Bildungsstätte natur- und umweltverträglich umzugestalten, ist kontinuierlich zu betreiben, denn nur dann ist die Glaubwürdigkeit gegeben.

Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Bildungsstätten wird Engagement und Liebe zur Arbeit erwartet.

9. Thesen, Gründe und Diskussionen neuer Mittel

Umweltbildung kostet - wie jede andere Bildung auch- Geld. Die Besonderheit der Umweltbildung besteht darin, dass sie sich auch an Zielgruppen wendet, die nur bedingt zahlungskräftig sind, z.B. Kinder und Jugendliche sowie ehrenamtlich Tätige. Darüber hinaus werden Zielgruppen angesprochen, die von der Notwendigkeit verschiedener Bildungs- bzw. Kommunikationsmaßnahmen erst zu überzeugen sind. In jedem Fall muss davon ausgegangen werden, dass die Finanzierung von Weiterbildungen oder Projekten nicht oder nur unzureichend von den Teilnehmern selbst aufgebracht werden kann.

Natur- und Umweltbildungsstätten müssen sich stärker als bisher als Dienstleistungseinrichtungen verstehen. Daher ist die Frage nach der Finanzierung von Dienstleistungen aus dem Naturschutz- und Umweltbereich zu beantworten.

Aufgrund der zur Zeit noch unbefriedigenden rechtlichen Verankerung der Umweltbildung auf Bundesebene und in einigen Ländern ist eine unzureichende Finanzausstattung im Umweltbildungsbereich festzustellen. Fehlende Förderprogramme und eine zu geringe Finanzausstattung erschweren die Arbeit einer Vielzahl verbandlicher sowie kommunaler Institutionen, die vor allem ein flächendeckendes Umweltbildungsangebot sicherstellen und die schulische Umweltbildung unterstützen sollen.

Neben den Bildungsstätten des BANU bewältigen Verbände einen bedeutenden Beitrag zur Umweltbildung. Auf diese ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann nicht verzichtet werden. Ähnlich wie bei den Einrichtungen in freier Trägerschaft gibt es auch beim BANU finanzielle Probleme.

Aufgrund dieser Situation haben bereits mehrere Kultusministerkonferenzen der 90'er Jahre Forderungen für die weitere Entwicklung der Umweltbildung mit folgenden Schwerpunkten formuliert:

Es besteht ein erheblicher Bedarf an Umweltbildung, um das Bewusstsein für Umweltfragen zu erzeugen, die Bereitschaft für den verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt zu fördern und zu einem umweltbewussten Verhalten zu erziehen. Um Umweltbildung durchgängig in allen Lebensbereichen und allen Altersstufen der Bevölkerung entsprechend den aktuellen Erfordernissen umsetzen zu können, bedarf es komplexer und abgestimmter Konzepte auf Bundes- und Landesebene.

Die Bildungsstätten des BANU tragen mit ihren Leitlinien zur „Natur- und Umweltbildung für das 21. Jahrhundert“ zur konzeptionellen Entwicklung der Umweltbildung bei.

Die staatlich getragenen Umweltbildungsstätten sind in die jeweiligen Naturschutz- und Umweltverwaltungen der Länder integriert oder werden von diesen institutionell gefördert. Mit den vom BANU fixierten neuen Aufgaben für eine zukünftige Umweltbildung sind Forderungen an neue Finanzierungskonzepte verbunden. Es ist dringend notwendig, ein Finanzierungs- und Förderkonzept zum Ausbau der Umweltbildung vorzulegen. Der BANU wäre eine geeignete Institution, um ein solches Konzept zu entwickeln und bei der Umsetzung Leitungsaufgaben zu übernehmen. Engagement und Motivation stoßen mit den zur Zeit zur Verfügung stehenden Mitteln an Grenzen. Neue Ziele, Inhalte und Methoden sowie Partner erfordern eine Professionalisierung, verbunden mit zusätzlichen Personalstellen im Umweltbildungsbereich. Indem die Umweltbildungsstätten als vorbildliche Modelleinrichtungen des Natur- und Umweltschutzes fungieren, sind für diesen Prozess zusätzliche Finanzmittel bereitzustellen.

Die Vielfalt an Aktivitäten der Bildungsstätten des BANU ermöglicht auch differenzierte Finanzierungsmodelle. Je nach länderspezifischen Gegebenheiten müssen neuartige Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen werden. Der Staat muss seiner Verantwortung für nachhaltige Entwicklung gerecht werden. In größerem Maße als bisher, ist Umweltbildung rechtsverbindlich in gesellschaftlich bedeutsame Dokumente, Gesetze o.ä. aufzunehmen. Die vom jeweiligen Land zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sollten ausreichend sein sowie konzentriert, effizient und teilweise projektgebunden vergeben werden.

Reserven für die Verbesserung der Finanzlage der Umweltbildungsstätten liegen in der Steigerung der Drittmittelakquisition. Diese Mittelbeschaffung soll künftig vor allem für die notwendige Forschung an den Umweltbildungsstätten forciert werden.

Sponsoring als freiwillige, direkte oder indirekte Unterstützung von Aktivitäten zugunsten des Natur- und Umweltschutzes sowie der Umweltbildung durch Unternehmen ist konsequent anzustreben. Das Ökosponsoring ist ein Beispiel für eine Form der Zusammenarbeit mit wirtschaftlichen Unternehmen. Es wird heute bereits vielfach zum gegenseitigen Vorteil praktiziert und sollte deshalb kontinuierlich ausgebaut werden.

Dem Gemeinwohl dienende Aktivitäten der Umweltbildung basieren letztlich auf der Innovationskraft und Kreativität von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bildungsstätten. Diese Potentiale sollten nicht vorrangig zur Mittelbeschaffung, sondern auch weiterhin für die Bildungsarbeit genutzt werden.

Impressum

Herausgegeben vom:

Bundesweiten Arbeitskreis der staatlich getragenen Bildungsstätten
im Natur- und Umweltschutz (BANU) im Jahre 2001

Ergänzung: 2003

Erarbeitet auf der Grundlage von Materialien des BANU von:

Dr. Margrit LUDWIG

(Erfurt, Pädagogische Hochschule Erfurt)

Redaktionskommission (Leitlinien 2001):

Dr. Karl-Heinz ERDMANN

(Bonn, Bundesamt für Naturschutz)

Dr. Hans-Joachim GERICKE

(Dresden, Sächsische Landesstiftung Natur und Umwelt)

Prof. Johann SCHREINER

(Schneverdingen, Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, NNA)

Dr. Alexandra STREMKE

(Jena, Thüringer Landesanstalt für Umwelt)

Redaktion (2003):

Horst Frese (BANU-Vorsitzender, c/o NUA) – Koordination -

Gestaltung:

Schmucker GmbH, Werbeagentur, Austraße 82, 74321 Bietigheim-Bissingen
im Auftrag der Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg

Druck:

Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, ANL
Seethalerstraße 6, 83410 Laufen, Falzach

Literatur

-**ANU** (Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umwelterziehung) / Landesarbeitsgemeinschaft Brandenburg e.V. (Hrsg.): 1996
Handbuch für umweltbezogene Bildungs- und Beratungsarbeit im Land Brandenburg. Potsdam

-**BENNING**, Alfons: 1980
Ethik der Erziehung.
Grundlegung und Konkretisierungen einer Pädagogischen Ethik. Freiburg i. Br.

-**BEYERSDORF**, Martin; **MICHELTSEN**, Gerd; **SIEBERT**, Horst (Hrsg.): 1998
Umweltbildung.
Theoretische Konzepte, empirische Erkenntnisse, praktische Erfahrungen. Neuwied

-**BOGNER**, Franz M.: 1995
Das neue PR -Denken.
Strategien, Konzepte, Maßnahmen, Fallbeispiele effizienter Öffentlichkeitsarbeit. Wien

1997

Erhaltung der biologischen Vielfalt.
Wissenschaftliche Analyse deutscher Beiträge. Bonn -Bad Godesberg

-**BUND, MISEREOR** (Hrsg.): 1996
Zukunftsfähiges Deutschland.
Ein Beitrag zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung. Basel

-**BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT,
NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT** (Hrsg.): 1997
Umweltpolitik. Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro -Dokumente. Bonn

-**DÖRNER**, Dietrich: 1989
Die Logik des Misslingens.
Strategisches Denken in komplexen Situationen. Hamburg

-**ERDMANN**, Karl -Heinz: 1994
Entwicklungen und Perspektiven in der Umwelterziehung.
Internationale Schulbuchforschung. 16. Jg. S. 257 –268

-**FIETFAU**, Hans -Joachim (Hrsg.) 1994
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung;
Leitfaden Umweltmediation. Berlin

-**FIETKAU**, Hans -Joachim: 1995
Ausbildung und Training von Mediatoren.
Loccumer Protokolle Nr. 73, 2. Auf!.
S. 75- 77

- HAAN, Gerhard de:** 1995
Umweltbewusstsein und Massenmedien. Berlin
- HAAN, Gerhard de:** 1997
Umweltbildung als Innovation. Heidelberg
- KASTENHOLZ, Hans G.; ERDMANN, Karl-Heinz; WOLFF, Manfred (Hrsg.):** 1996
Nachhaltige Entwicklung.
Zukunftschancen für Mensch und Umwelt. Berlin, Heidelberg u.a.
- KEATING, Michael:** 1993
Erdgipfel 1992.
Agenda für eine nachhaltige Entwicklung. Genf
- KNAUS, Anja; RENN, Ortwin:** 1998
Den Gipfel vor Augen.
Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft. Marburg
- KOTLER, Philip u.a.:** 1995
Marketing -Management. Stuttgart
- NINCK, Mathias:** 1997
Zauberwort Nachhaltigkeit. Zürich
- PREUSS, Sigrun:** 1991
Umweltkatastrophe Mensch. Heidelberg
- REIßMANN, Jens:** 1995
Konzepte zur schulischen Umweltbildung -Anforderungen an die Lehrerrolle-
Mitteilungen aus der NNA, Sonderheft, S. 5 –9
- REUTHER, Claus:** 1993
Privat oder staatlich, marktwirtschaftlich oder subventioniert?
Anmerkungen zum Management von Umweltzentren. Habitat, Heft 10, S. 73 –92
- SCHLEICHER, Klaus u.a. (Hrsg.):** 1997
Perspektivwechsel in der Umweltbildung. Harnburg
- UMWELTBUNDESAMT (Hrsg.):** 1997
Nachhaltiges Deutschland. Berlin
- VESTER, Frederic:** 1978
Denken, Lernen, Vergessen. München

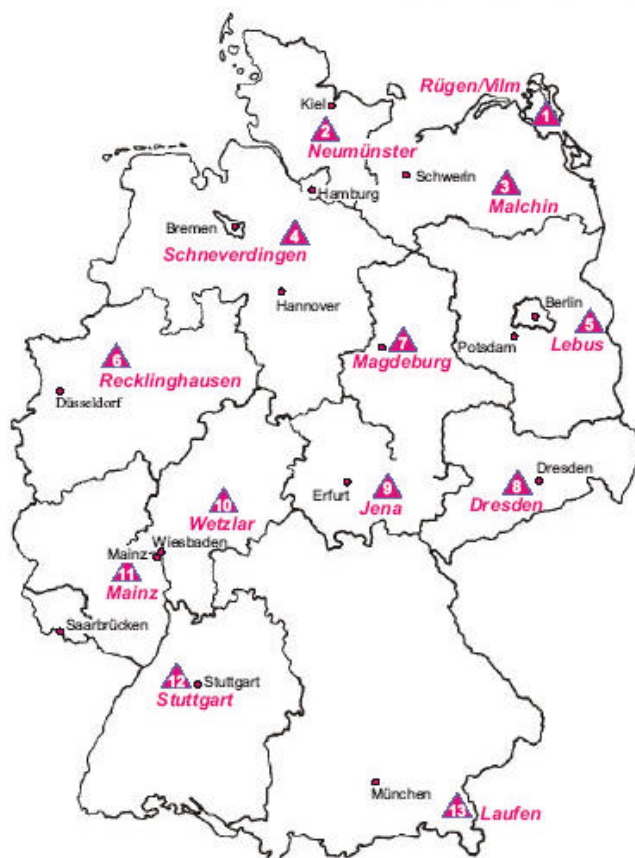
Mitglieder des Bundesweiten Arbeitskreises der staatlich getragenen Umweltbildungsstätten (Stand 25.7.03)

<p>Baden-Württemberg Akademie für Natur- und Umweltschutz Dillmannstraße 3 Postfach 103439 D-70193 Stuttgart D- 70029 Stuttgart Telefon: (0711) 126-2818 Telefax: (0711) 126-2893 e-mail: umweltakademie@uvm.bwl.de Internet: http://www.uvm.baden-wuerttemberg.de/akademie</p>	<p>Mecklenburg-Vorpommern Landeslehrstätte für Naturschutz und Forsten/ Landesamt für Forsten und Großschutzgebiete Servicebereich 4 – Aus- und Weiterbildung Fritz-Reuter-Platz 9 D-17139 Malchin Telefon: (03994) 235-142 Telefax: (03994) 235-523 E-Mail: polte@lfg.mvnet.de Internet: http://www.lfg-malchin.de</p>
<p>Bayern Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL) Seethalerstraße 6 D-83410 Laufen Telefon: (08682) 8963-0 Telefax: (08682) 896317 e-mail: poststelle@anl.bayern.de Internet: http://www.anl.bayern.de</p>	<p>Niedersachsen Alfred-Toepfer-Akademie für Naturschutz (NNA) Hof Möhr D-29640 Schneverdingen Telefon: (05199) 989-0 Telefax: (05199) 989-46 e-mail: nna@nna.niedersachsen.de Internet: http://www.nna.de</p>
<p>Brandenburg Landeslehrstätte für Naturschutz und Landschaftspflege (LLN) "Oderberge Lebus", D-15326 Lebus Telefon: (033604) 550-0 Telefax: (033604) 550-1 landeslehrstaette@lua.brandenburg.de</p>	<p>Nordrhein-Westfalen Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW Siemensstraße 5 D-45610 Recklinghausen Telefon: (02361) 305-0 Telefax: (02361) 305-340 e-mail: poststelle@nua.nrw.de Internet: http://www.nua.nrw.de</p>
<p>Rheinland-Pfalz Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz Kaiser-Friedrich-Straße 1 D-55116 Mainz Telefon: (06131) 164-433 Telefax: (06131) 164-629 e-mail: lzu@umdenken.de Internet: http://www.umdenken.de</p>	<p>Hessen Naturschutzzentrum Hessen Akademie für Natur- und Umweltschutz e. V. D-35578 Wetzlar Telefon: (06441) 92480-0 Telefax: (06441) 92480-48 e-mail: info@nzh-akademie.de http://www.nzh-akademie.de</p>

<p>Sachsen Akademie der Sächsischen Landesstiftung Natur- und Umwelt St. Petersburger-Straße 15 D-01097 Dresden Telefon: (0351) 4872273 Telefax: (0351) 4842715 e-mail: poststelle.adj@lanu.smul.sachsen.de Internet: http://www.lanu.org</p>	<p>Sachsen-Anhalt Umweltinstitut IWU Gerhard-Hauptmann-Straße 30 D-39108 Magdeburg Telefon: (0391) 73629-0 Telefax: (0391) 73623-53 e-mail: IWUSK@gmx.de Internet: http://www.iwu-umwelt.de</p>
<p>Schleswig-Holstein Akademie für Natur- und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein Carlstraße 169 D-24537 Neumünster Telefon: (04321) 9071-0 Telefax: (04321) 9071-32 e-Mail: zentrale@umweltakademie-sh.de Internet: http://www.umweltakademie-sh.de</p>	<p>Thüringen Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie Referat Fortbildung Prüssingstraße 25 D-07745 Jena Telefon: (03641) 684-114 Telefax: (03641) 684-222 e-Mail: tlug.post@TLUGJena.thueringen.de Internet: http://www.tlug-jena.de</p>
Als Gäste im BANU:	
<p>Bundesamt für Naturschutz Internationale Naturschutzakademie Insel Vilm (INA) D-18581 Lauterbach (Rügen) Telefon: (038301) 86-0 Telefax: (038301) 86-150 e-mail: ina.vilm@bfn-vilm.de</p>	<p>Behörde für Umwelt und Gesundheit Hamburg -Referat Umweltbildung Billstr. 84 20539 Hamburg Telefon: (040) 42845-3906 Telefax: (040) 42845-3943 e-mail: Juergen.Forkel-Schubert@bug.hamburg.de Internet: www.bug.hamburg.de</p>
<p>Bundesamt für Naturschutz FG II.1.2. Konstantinstraße 110 D-53179 Bonn Telefon: (0228) 8491-230 Telefax: (0228) 8491-108</p>	

DIE UMWELTAKADEMIEN IN DEUTSCHLAND

Bundesweiter Arbeitskreis der staatlich getragenen Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz (BANU)



- 1** Bundesamt für Naturschutz (BfN)
- Internationale Naturschutzakademie Insel Vilm (INA) -
- 2** Akademie für Natur und Umwelt
des Landes Schleswig-Holstein
- 3** Landeslehrstätte für Naturschutz und Forsten
Landesamt für Forsten und Großschutzgebiete
Mecklenburg-Vorpommern
- 4** Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (NNA)
Niedersachsen
- 5** Landeslehrstätte für Naturschutz und
Landschaftspflege (LNN) "Oderberge Lebus",
Brandenburg
- 6** Natur- und Umweltschutz-Akademie des Landes
Nordrhein-Westfalen (NUA)
- 7** Umweltinstitut IWU
Sachsen-Anhalt
- 8** Akademie der Sächsischen
Landesstiftung Natur und Umwelt
- 9** Thüringer Landesanstalt für Umwelt und
Geologie, Referat Umweltbildung
- 10** Naturschutz-Zentrum Hessen -
Akademie für Natur- und Umweltschutz e.V.
- 11** Landeszentrale für Umweltaufklärung
Rheinland-Pfalz
- 12** Akademie für Natur- und Umweltschutz
Baden-Württemberg
- 13** Bayerische Akademie für Naturschutz
und Landschaftspflege (ANL)

Rückseite

BANU-Geschäftsstelle 2003-2005: Natur- und Umweltschutz-
Akademie NRW, Siemensstr. 5, 45659 Recklinghausen
BANU-Vorsitz: Horst Frese, NUA

e-mail: poststelle@banu-akademien.de

Telefon: 02361-305225

www.banu-akademien.de

BANU Bundesweiter Arbeitskreis der staatlich getragenen
Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz (BANU)